

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

20. Dezember 1950

Blatt 2209

Kultur und Volksbildung

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Stadtrat Mandl leitete noch in den gestrigen Abendstunden die Diskussion über die Geschäftsgruppe III: Kultur und Volksbildung, mit einem umfassenden Referat über die Bestrebungen seiner Geschäftsgruppe auf kulturellem Gebiet ein. Wir befinden uns in einem gewaltigen weltumspannenden Umschichtungsprozeß. Wie groß dieser auch sein mag, immer wieder gilt die Tatsache, daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt, daß er auch Anteil am geistigen Leben seiner Gemeinschaft nehmen muß. Die Gemeindeverwaltung hat in ihren Bemühungen auf dem kulturellen Sektor mannigfachen Schwierigkeiten zu begegnen. Voraussetzung für deren Meisterung ist eine Atmosphäre der Ruhe, der Freiheit und des inneren Friedens. Die materiellen Mittel sind eine sehr wesentliche Voraussetzung jeder kulturellen Tätigkeit. Jede Investition auf diesem Sektor macht sich in naher oder ferner Zukunft bezahlt; denn je höher das Bildungsniveau eines Volkes ist, desto höher ist seine wirtschaftliche und geistige Leistungsfähigkeit, desto gediegener seine charakterliche Haltung, besonders in Zeiten der Belastung.

Stadtrat Mandl hob die unvorhergesehenen Schwierigkeiten hervor, die sich im ablaufenden Jahre ergaben, und sprach die Hoffnung aus, daß die vor kurzem im Hauptausschuß des Nationalrates bewilligte Erhöhung des Kulturroschens die Mittel geben werde, um die notwendigen Arbeiten leisten zu können. Er stellte mit Genugtuung das wachsende Interesse der Bevölkerung am kulturellen und geistigen Leben fest. So hatte die Ausstellung "Die Frau und ihre Wohnung" vor wenigen Tagen den 90.000. Besucher, das Museum am Hohen Markt den 20.000. Besucher zu verzeichnen. Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" hat bisher eine Be-

sucherzahl von 35.000 Besuchern aufzuweisen, und die Veranstaltungen der Gesellschaft der Musikfreunde wurden von 31.000 Personen besucht. Diese gesunden und sehr erfreulichen Entwicklungstendenzen müssen gefördert werden.

Die Subventionspolitik der Gemeinde Wien auf kulturellem Gebiet erfolgt nach einem bestimmten Plan. Die Subventionen erstrecken sich auf die Unterstützung wertvoller kultureller Institutionen und auf die Förderung von uns geplanter und gewünschter Veranstaltungen. Sämtliche Vorschläge zur Verteilung des Kulturgroschens wurden einstimmig, also auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen. Die Verteilung erfolgt nach dem Schlüssel: Theater 50 % des gesamten Betrages von 3 Millionen Schilling, Musik 20 % (davon 15 % für die Wiener Symphoniker und 5 % für das übrige Musikleben), Bildende Kunst 10 %, Volksbildung 10 %, Förderung wissenschaftlicher Publizistik 5 % und Reserve 5 %.

Die Wiener Privatbühnen haben im Jahre 1950 aus dem Kulturgroschen 2,600.000 S erhalten; davon von der Gemeinde Wien 1,700.000 S und als Bundesanteil 900.000 S. Es handelt sich dabei um das Deutsche Volkstheater, das Theater in der Josefstadt, die Insel, die Scala und ein Operettentheater. Dabei wurde der **Vorschlag** des **direktorenverbandes** unverändert angenommen. Die öffentliche Hand hat getan was sie konnte. Es wäre gut, wenn sich auch die Theaterdirektoren ein bißchen mehr mit ihren Theatern als mit der Frage beschäftigen würden, woher sie neue Geldmittel bekommen können. Dieses Problem kann man mit Geld allein auf keinen Fall lösen. Redner verweist auf die Wichtigkeit einer guten Spielplangestaltung.

Unser Bemühen, eine Hilfe für die Theater durch neue Publikumsorganisationen zu finden, ist nicht geglückt. Man kann dieses Problem nicht lösen, wenn nicht alle Faktoren zusammenhelfen. Und das ist nicht der Fall. Ich werde keinem Vorschlag, Beträge aus dem Kulturgroschen für Theater zu geben, zustimmen, wenn nicht gleichzeitig die Frage der Publikumswerbung und Heranziehung neuen Theaterpublikums mit inbegriffen ist.

Besser als beim Theater ist es uns in allen anderen Sparten gelungen, das kulturelle Leben anzukurbeln. Auf dem Gebiete der Musik ist es so, daß wir, wenn wir nicht mit dem Kulturgroschen geholfen hätten, das Konzertleben Wiens heute wahrschein-

lich überhaupt nicht mehr hätten. Redner gedenkt im Zusammenhang damit der 50-Jahr-Bestandfeier der Wiener Symphoniker, dieses wundervollen Glanzorchesters, das den Ruhm Wiens als Musikstadt auch im Auslande verbreitet. Er sagt den Symphonikern unter dem Beifall des Hauses im Namen der Stadtverwaltung herzlichen Dank und hebt vor allem die Wiederholungskonzerte für den Österreichischen Gewerkschaftsbund im Rahmen der Gesellschaft der Musikfreunde und die Bereitschaft des Dirigenten Karajan hervor. Gerade die Arbeiter und Angestellten sind ein besonders empfängliches Publikum.

Der Referent spricht sodann von den Bestrebungen, auf dem Gebiete der Bildenden Kunst in die Bevölkerung zu dringen. So wurden zum Beispiel Ausstellungen in den Betrieben veranstaltet, die großen Erfolg hatten. Durch Subventionen aus dem Kulturroschen konnte eine Ausstellung geschaffen werden, die zu billigen Preisen Kunstwerke abgibt. Diese Ausstellung, die anfang Dezember eröffnet wurde, weist bisher einen Besuch von ungefähr 35.000 Personen auf. Es wurden in ihr erstmalig sämtliche Künstlerverbände vereinigt. Bisher wurden 205 Bilder verkauft. Neben dieser Ausstellung im Künstlerhaus wurde auch die Ausstellung "Das Wiener Stadtbild", einige Ausstellungen im Kulturamt, so zum Beispiel "Aquarelle von der Peripherie Wiens", eine "Keramik-Ausstellung", "Schauspielerporträts", "Emailmalerein", "Festliche Kleingraphik" usw. veranstaltet. Anlässlich der Ausstellung "Festliche Kleingraphik" wurde an Personen und Vereinigungen die Aufforderung gerichtet, z.B. ihre Neujahrskarten von einem Künstler machen zu lassen. Es hielten hierauf 31 Künstler derartige Aufträge.

Für das kommende Jahr sind die Ausstellungen "Englische Kinderzeichnungen", "Entwürfe von Fresken, Sgraffitos und Mosaiks", "Festliche Kleingraphik" und "Das gute Bild" geplant. Während der Wiener Festwochen sollen Bezirksausstellungen veranstaltet werden.

Im kommenden Jahr sollen, zur Anregung der Werbegraphik, monatlich die drei besten Plakate ausgesucht werden und aus diesen wieder zu Ende des Jahres die drei Besten, die prämiert werden.

Stadtrat Mandl erklärt, daß selbstverständlich auch die not-

leidenden Künstler unterstützt werden.

Die im heurigen Jahr getroffenen Vereinbarungen mit den Naturfreunden, daß diese auf ihren Hütten Künstlern einen kostenlosen vierzehntägigen Landaufenthalt bieten und dieser dafür für ihre Schutzhütte ein Bild malen soll, wird im kommenden Jahr erweitert werden. (Starker Beifall der SPÖ.)

Erfreuliche Entwicklung in der Volksbildung

Wie Stadtrat Mandl feststellt, hat die Wiener Volksbildung im abgelaufenen Jahr eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Durch die Gründung eines Dachverbandes der Wiener Volksbildungsvereine ist es gelungen, die Vereinigungen organisatorisch besser zusammenzufassen und die Abstimmung der einzelnen Vortragsmethoden fruchtbar und vernünftig zu gestalten und die Propaganda zu vereinheitlichen. Die Volksbildungsorganisationen haben in diesem Jahr eine halbe Million Schilling aus den Mitteln der Stadt Wien bekommen, und zwar 300.000 aus der Subventionsrubrik und 200.000 aus dem Kultur Groschen. Vom Bund wurden bisher keine Mittel zur Verfügung gestellt. Im Studienjahr 1949/50 war ein Ansteigen der Hörerzahl um 20,4 Prozent festzustellen. Das Semester 1950/51 hat eine weitere Steigerung um 22 Prozent erfahren.

Im heurigen Jahr ist es auch erstmalig gelungen, einen namhaften Betrag, und zwar mehr als 150.000 Schilling zur Förderung wissenschaftlicher Publizistik zur Verfügung zu stellen.

Mit Bedauern muß jedoch festgestellt werden, daß es nicht gelungen ist, Beträge für die Förderung der Literatur und des Kulturfilmes freizumachen. Stadtrat Mandl drückt die Hoffnung aus, daß dies im kommenden Jahr nachgeholt werden kann.

Zum Kapitel Kultur Groschen stellt der Referent fest, daß mit diesen Geldern sehr viel und wertvolle Hilfe geleistet werden konnte und hoffentlich in Zukunft in noch ausreichenderem Maße geleistet werden kann. Durch ihn kann das Wiener Kulturleben weitgehend befruchtet werden. Der Kultur Groschen darf aber nicht als Melkkuh angesehen werden, um für die Unzulänglichkeit und Unfähigkeit mancher Veranstalter und Institutionen das finanzielle Rückgrat abzugeben.

Die Ehrenpreise der Stadt Wien wurden auch heuer verliehen. Im kommenden Jahr werden Förderungspreise ausgesetzt werden, um auch den jungen Künstlern zu helfen. Stadtrat Mandl hoffte, daß man damit im nächsten Jahr mehr Erfolg als heuer mit den beiden Preisausschreiben haben werde. Es ist überhaupt festzustellen, daß unsere Künstler scheinbar des Auftrages entwöhnt sind und erst wieder lernen müssen, für einen Auftrag zu arbeiten.

Im nächsten Jahr wird auch zum ersten Mal die Rennerstiftung im Gesamtbetrag von 100.000 S ausgezahlt werden. Sie soll an zehn Personen, die sich Verdienste um die Republik erworben haben, verteilt werden. Die Bestimmung der Stiftung ist deswegen so weit gehalten, damit vor allem auch der besondere Wunsch dessen gehört werden kann, dem die Stiftung gewidmet ist.

Zum ersten Mal im Budget ist eine Post von 100.000 S für den Fremdenverkehr eingesetzt. Damit kommt zum Ausdruck, daß die Stadt Wien ihrer Verpflichtung gegenüber dem Fremdenverkehr nachkommen will. Leider ist die gleiche Bereitschaft in den Kreisen der Wirtschaft noch nicht anzutreffen. Es ist noch nicht gelungen, das Fremdenverkehrsgesetz unter Dach zu bringen. Wenn auch der Anteil Wiens am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr noch weit hinter dem Jahre 1937 zurückbleibt, so sind doch heuer zum ersten Mal im Juli und August mehr Ausländer als Besucher aus den Bundesländern nach Wien gekommen. Ein Fremdenverkehrsprospekt wurde bereits herausgebracht, in nächster Zeit wird auch ein Fremdenverkehrsplakat fertig, ein Kulturprospekt ist in Vorbereitung.

Stadtrat Mandl erwähnte in diesem Zusammenhang, daß zum Teil auch die Propaganda gewisser Kreise in den westlichen Bundesländern gegen die Stadt Wien daran schuld sei, daß nicht mehr Fremde nach Wien kommen. Ein Besucher habe ihm selbst gesagt, er wundere sich, nachdem was über Wien erzählt wurde, daß man sich in der Stadt frei bewegen könne.

Dabei betonte der Referent, auch, daß die verschiedenen Veranstaltungen und Festwochen in den Bundesländern ohne Wien, die Wiener Orchester, die Wiener Schauspieler und die Wiener

Sänger nicht möglich wären.

Die Wiener Festwochen sollen heuer zum ersten Mal vom 27. Mai bis 17. Juni abgehalten werden. Es ist nicht daran gedacht, Salzburg Konkurrenz zu machen, es soll vielmehr dem Wiener Charme und dem Liebreiz dieser Stadt zum Durchbruch verholfen werden. Es sollen Festwochen werden, an denen die Wiener und die Bevölkerung der Bundesländer Anteil nehmen. Die Wiener Festwochen sollen einmal im Jahr einen Querschnitt durch die kulturelle Kapazität dieser Stadt geben. Vielleicht werden dann die Bundesländer wieder darauf kommen, daß sich doch in Wien das Zentrum des kulturellen Lebens Österreichs befindet.

Die Musiklehranstalten haben heuer um 1.500 Schüler mehr. Auch hier ist wieder die Tendenz, mehr in die Breite zu gehen.

Die Modeschule der Stadt Wien hat durch ihre bisherigen Modeschauen und Ausstellungen gezeigt, daß sie in ihrer Art einzig dasteht.

Bei den Städtischen Büchereien gibt es eine Neueinführung, die in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird: Eine Studienbibliothek, die mehr als 8000 Bände umfaßt. Interessant ist, daß die Leserzahl ständig steigt. Dabei sind die Erwachsenenmeldungen nur um 3 Prozent gestiegen, während die Zahl der Kinderleser sich um 60 Prozent erhöht hat.

Die Landesbildstelle ist heute zu einem nicht mehr wegzudenkenden Erziehungsfaktor im Wiener Schulleben geworden. Ihre Bestände umfassen 11.060 Filmkopien.

Die Stadtbibliothek hat 235.000 Buchbände, 109.000 Handschriften, 32.000 Musikdrucke und 10.000 Musikhandschriften. Der Zuwachs betrug allein in diesem Jahr 13.500 Werke. Auch hier gibt es eine Neuerung, und zwar eine Handbibliothek, die den Besuchern ständig zur Verfügung steht. Im Rahmen der Festwochen sollen die reichen Bestände der Stadtbibliothek für eine große Musikausstellung herangezogen werden.

Das Museum der Stadt Wien leidet nach wie vor unter großer Raumnot. Stadtrat Mandl vertritt die Forderung nach einem eigenen Ausstellungsgebäude, um die kostbaren Schätze in den unzulänglichen Depots der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Ordnungsarbeiten sind bereits ein großes Stück fortgeschritten.

Beim Kapitel Körpersport sprach Stadtrat Mandl über die Bemühungen, für die Wiener Sportplätze Widmungen zu erreichen, weil sonst die Gefahr besteht, daß diese Plätze verbaut werden. 14 Sportplätze wurden bereits in das Bauprogramm der Stadt Wien einbezogen und werden verbaut. Neben den Mitteln aus dem Sportgroschen und dem Sporttoto wurden ungefähr 1 Million Schilling für den Ausbau von Jugendspielplätzen bereitgestellt. Darüber hinaus wurde heuer das Gänsehäufel eröffnet, die Tribüne des Stadionbades ausgebaut, die sich bei den Europameisterschaften im Schwimmen außerordentlich bewährt hat. Auch die Radrennbahn wurde in diesem Jahr eröffnet. Im nächsten Jahr soll das Innenfeld ausgestattet werden. Besonders erwähnte der Referent den Sportplatz auf der Spenadlwiese im Prater, der im nächsten Jahr vollendet sein wird. Er wird die einzige Anlage mit einer geraden Zweihundertmeterbahn sein. Stadtrat Mandl begrüßte es auch, daß heuer eine sportärztliche Untersuchungsstelle eingerichtet wurde, in dem drei Fachärzte und entsprechendes Hilfspersonal zur Verfügung stehen.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Stadtrat Mandl, daß er und seine Beamten mit dem, was sie geleistet haben, unzufrieden sind, wenn sie sehen, was noch vor ihnen liegt. Er glaube aber sagen zu können, daß man in diesem Jahr ein gutes Stück vorwärts gekommen sei und hoffe, daß auch im kommenden Jahr der Weg zur Besserung weiter beschritten werden könne. Unsere Stadt war immer eine Kulturstadt und ist es auch noch heute, weil sie zum Teil schon wieder imstande ist, der Welt Unsterbliches zu geben. Wenn wir das aber nicht mehr können, dann besteht die große Gefahr, daß Wien aus einem Kulturzentrum der westlichen Hemisphäre zu irgendeinem Dorf am Rande des eisernen Vorhanges wird. "Das zu verhüten", schloß Stadtrat Mandl unter dem lebhaftesten Beifall der sozialistischen Fraktion, "ist nicht nur meine, sondern unsere gemeinsame Arbeit!"

Als erster Debatteredner sprach GR.Dr.Matejka (LB1), der sich eingangs mit den Ausführungen der Redner in der Generaldebatte befaßte. Er verwahrte sich dagegen, daß man im Jahr 1950 kulturelle Arbeit nach Methoden betreiben will, die in das Jahr 1900 passen. Die Berufung auf unsere alte Kultur genügt nicht. Es ergibt sich daraus die Verpflichtung, heute mehr denn je bewußt jene Kulturarbeit zu betreiben, die sich auf die breiten Massen der Bevölkerung erstreckt. GR.Dr.Matejka begrüßte es, daß nach 1945 trotz verschiedener Widerstände eine eigene Geschäftsgruppe für Kultur und Volksbildung geschaffen wurde.

Redner befaßt sich eingehend mit der Einstellung der ÖVP zu den Fragen der Kultur und Volksbildung und stellt fest, daß bei ihr diesbezüglich keine einheitliche Meinung bestehe. Insbesondere die jüngere Generation lasse sich durch das Kulturgeschwätz von der kulturellen Aggression und dem kulturellen Imperialismus Österreichs, das in einem starken Gegensatz zu den Tatsachen stehe, nichts vormachen. Er wendet sich scharf gegen den Ersten Österreichischen Kulturkongreß, den er als Schwindelunternehmungen, als absolut unseriöse und zweifelhafte Veranstaltung bezeichnet, und bedauert es, daß der Bürgermeister der Stadt Wien neben den ursprünglichen Protektoren, den ÖVP-Ministern Kolb und Hardeß, in letzter Minute das Protektorat mit Übernahm. Solche Veranstaltungen seien nur geeignet, die wirklichen Aktivisten auf kulturpolitischem Gebiet stark in Mißkredit zu bringen. Er ruft alle Verantwortlichen auf, mit solchen Dilettanten nicht zusammenzuarbeiten.

Auf die einzelnen Budgetposten übergehend, bezeichnet er es als bedauerlich, daß die Post für Kunstförderung im Ansatz gleichgeblieben ist, und regt zusätzliche Hilfsmaßnahmen zur Erhöhung der Mittel an. Auch für Begabtenförderung durch Stipendien und Studiengeldbeihilfen ist keine wesentliche Erhöhung vorgesehen.

Eingehend befaßt sich der Redner mit den Künstlerehrungen durch Zuwendung von Ehrenpensionen und Ehrenpreisen.

Er verlangt die Vergebung solcher Ehrenpreise vor allem für die jüngere Künstlerschaft und bemängelt es, daß der Preis für Geisteswissenschaften in diesem Jahr dem Amerikaner Gulick verliehen wurde.

Da für die Musiklehranstalten ebenfalls keine wesentliche Erhöhung vorgesehen ist, ist es fraglich, ob die Ausweitung dieses Institutes entsprechende Fortschritte machen kann. Dasselbe trifft für die Modeschule der Stadt Wien zu.

Der für das Jahr 1951 vorgesehene Betrag von 400.000 S für die städtischen Büchereien entspricht in keiner Weise dem, was an Verpflichtungen die Stadt Wien gegenüber diesen Büchereien hat. Wir begeben uns hier zwangsläufig in eine Stagnation, wenn wir nicht einmal eine wirklich bedeutende Summe zu einer großzügigen Neuanschaffung des Bücherbestandes zur Verfügung stellen. Redner regt den Ausbau der Städtischen Büchereien an. 18.000 Leser in einer 1.8 Millionen-Stadt sind gänzlich ungenügend.

Im Zusammenhang mit der Landesbildstelle weist er auf die große Bedeutung der Filme hin. Auf diesem Gebiete ist eine große Gefahr mitten unter uns gekommen, nämlich der stets wachsende Import amerikanischer Gangster- und Verbrecherfilme, der bereits die Bundesländer Steiermark und Salzburg dazu veranlaßt hat, den moralischen Notstand auszurufen. Es ist zu bedauern, daß Wien noch immer keine geeignete Form gefunden hat, um diesem moralischen Notstand einen wirksamen Ausdruck zu geben. Redner ersucht insbesondere den Bürgermeister, die Initiative auf diesem Gebiete zu ergreifen.

Hinsichtlich der Denkmalpflege wendet er sich gegen die Aufstellung aller "Mottenkisten", die große Summen verschlingen, welche dann für die aktivistische Kulturpolitik fehlen. Die Vertreter der Gemeinde Wien im Nationalrat müßten künftighin dieser Frage viel mehr Aufmerksamkeit widmen.

Die Ansätze für die Stadtbibliothek und für die Städtischen Sammlungen sind bedauerlicherweise im wesentlichen gleich geblieben. Was den Körpersport anlangt, sollten die wiederholten Beschlüsse des Wiener Sportbeirates bei der Finanzverwaltung der Stadt mehr Gehör finden.

Die Publikumsorganisationen zur Finanzierung der Theater betreffend, stellt GR. Dr. Matejka fest, daß hier der Gewerkschaftsbund und auch die Volksbildungshäuser bei der Organisierung

der Personengruppen maßgebend mithelfen könnten. Zur Lösung der Theaterkrise gehört in einer Stadt wie Wien auch ein richtiges und gesundes Verhältnis der Stadt zu den großen Theatern, also zu den Bundestheatern. Es geht nicht an, daß die Bundestheater, weil sie subventionierte Theater sind, von vornherein von der Vergnügungssteuer befreit sind. Der Redner regt an, auch bei den Privattheatern auf die Steuern zu verzichten oder eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Privat- und Bundestheatern zu schaffen.

Gr.Dr.Matejka wendet sich dann gegen die seiner Meinung nach zu kostspielige Ausstattung in dem von der Gemeinde subventionierten Operntheater.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Erhöhung des Beitrages der Gemeinde für die Wiener Volkshochschulen und somit für die Volksbildung überhaupt. Er tritt dafür ein, von der Besteuerung aller volksbildnerischen Institutionen abzusehen. Es würde dies der Gemeinde verhältnismäßig wenig kosten.

GR.Dr.Matejka begrüßt die Vereinigung der Volkshochschulen in einer Dachorganisation, ferner auch die große Ziffer für die Subventionierung der Wiener Symphoniker. Er berichtet in diesem Zusammenhang von der 50-Jahr-Feier der Symphoniker und daß bei dieser Veranstaltung der Saal nicht einmal zur Hälfte besetzt war. Es war versäumt worden hiezu die Jugend einzuladen, dies hätte leicht durch das Konservatorium und die Staatliche Akademie für Musik und darstellende Kunst geschehen können.

Der Redner stellt fest, daß seit 1918 nur einem einzigen Mann des Geisteslebens, und zwar Richard Strauss, das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde. Er bezeichnet es als Unding, würde man bei dieser einen Auszeichnung auf diesem Gebiete bleiben. Er regt eine Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Oskar Kokoschka anlässlich seines 65.Geburtstages an. Er tritt auch für eine Ehrung des Schriftstellers Alfred Polgar ein, der heuer seinen 75. Geburtstag feiern wird.

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab Dr.Matejka seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Kulturbudget der Stadt Wien nicht erst dann ausreichend sein werde, wenn in Wien alle Wohnungen gebaut und alle sonstigen sozialen, sanitären und wirtschaftlichen Arbeiten abgeschlossen sind.

Für die WdU. sprach GR. Martha Burian. Sie setzte sich für eine Erhöhung der Ehrenpensionen ein. Die Rednerin gab auch ihrer Befriedigung Ausdruck, daß zum ersten Mal für den Fremdanverkehr 100.000 S vorgesehen sind. Sie gab die Anregung, für die Museumsschätze der städtischen Sammlungen Kunsthallen am Kai zu errichten. Ferner bat sie Stadtrat Mandl, das Projekt der Stephansplatz-Gestaltung weiter im Auge zu behalten. Zur Verteilung des Kultur-groschens ersuchte die Rednerin, man solle allen Einfluß darauf verwenden, daß das Geld des kleinen Mannes für eine Kunstförderung ausgegeben wird, die auch diesem wieder zugute kommt. Im übrigen stimmte GR. Burian namens ihrer Fraktion den Ansätzen zu.

GR. Etzersdorfer (ÖVP) drückte sein Bedauern darüber aus, daß auch heuer die Ansätze den tatsächlichen Erfordernissen der Kultur und Volksbildung nicht genügend Rechnung tragen. Er gab im Namen seiner Fraktion die Zusicherung, den Plan von Stadtrat Mandl Kunst ins Volk zu tragen, zu unterstützen. Er ersuchte jedoch in diesem Zusammenhang, man möge dafür sorgen, daß jene Musiker, die aus ihrer Not heraus in der Öffentlichkeit Konzerte geben, nicht gerade an den belebtesten Plätzen Wiens spielen.

Über die Festwochen sagte der Redner, er freue sich, daß auch die ÖVP dazu ihren Beitrag geleistet habe.

Bei der Fremdenverkehrsförderung bezeichnete es GR. Etzersdorfer als erfreulich, daß mit dem ausgesetzten Betrag ein Anfang gemacht wurde. Er unterstreicht gleichfalls die Forderung nach einem Fremdenverkehrsgesetz. Bei den Städtischen Büchereien schlägt der Redner die Bildung einer Anschaffungskommission vor.

Bei den Musiklehranstalten empfiehlt er eine weitere Dezentralisation, um noch breiteren Kreisen die Möglichkeit aktiver Musikbetätigung zu geben.

Wie seine Vorredner spricht sich auch GR. Etzersdorfer für die Schaffung eines eigenen Museums für die Stadt Wien aus.

Zur Kunstförderung bemerkt er, daß die Qualität der bildenden Kunst in erster Linie von den Künstlern abhängt. Wenn diese nach neuen Ausdrucksformen suchen, ist das allein ihre Sache. Wenn diese aber von der Bevölkerung energisch abgelehnt werden mögen sie nicht vergessen, daß sie vielleicht auf einem falschen Weg sind. Für Pseudokunst und Dilettantismus seien öffentliche Gelder nicht da.

Zum Zusammenschluß der Volksbildungsvereine verlangte der Redner, daß die Selbständigkeit gewahrt bleibe.

Beim Kapitel Denkmalpflege regt er die Beleuchtung der Wiener Denkmäler an und erneuert das Verlangen nach der Aufstellung des Mozartdenkmals.

Dann nahm GR.Etzersdorfer noch zu einigen Fragen des Sportes Stellung. Der Sport könne nicht allein aus den Mitteln des Sportgroschens gefördert werden. Der Redner kritisiert auch, daß die Widmung für die Sportplätze nicht durchgeführt ist. Im übrigen betont er, daß unsere Sportler viel zum Ansehen Österreichs und Wiens in der Welt beigetragen haben und erinnert an die Wiener Eisrevue, unsere Fußballer, Schwimmer, Tennisspieler usw.

Zum Abschluß seiner Ausführungen bittet der Redner den Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung, nicht nur wie bisher stark zu bleiben, sondern vielleicht noch um ein beträchtliches Stück stärker zu werden. Dafür sagt GR.Etzersdorfer die Unterstützung der ÖVP zu. (Lebhafter Beifall.)

GR.Leibetseder (SP): Wir alle wären glücklich, wenn das Kapitel Kultur und Volksbildung im Budget etwas höher dotiert wäre. Es wäre aber ungerecht, zu sagen, daß dieses Kapitel zu kurz komme, denn nicht nur das, was hier verankert ist, umschließt die kulturellen Leistungen Wiens im kommenden Jahre. Die Erfüllung der kulturellen Erfordernisse geht weit über die in dem vorliegenden Kapitel enthaltenen Summen hinaus, Redner verweist auf den sozialen Wohnhausbau, die Wohlfahrtspflege und das Schulwesen. Es ist erfreulich, daß im Budget 1951 dem Schulwesen 90 Millionen S zugedacht sind. Der Umstand, daß in Wien und seiner Umgebung neue Schulen errichtet und an diesen ein neuer Typ von Menschen herangebildet wird, ist eine entscheidende kulturelle Tat und ein bedeutender Fortschritt.

Wenn Stadtrat Mandl im vorigen Jahr an die Spitze seines Programms die Absicht gestellt hat, Kulturschaffende und Kulturgenießende zueinander zu führen, dann darf mit gutem Recht gesagt werden, daß ihm die ersten Anfänge dieses Versuches vollkommen gelungen sind.

Seine Bemühungen, neue Wege zu gehen, sind auf fruchtbaren Boden gefallen. In vergangenen Zeiten war Kultur einer privilegierten Schichte der Bevölkerung vorbehalten. Heute befindet sich die Gesellschaft in einem großen Umwandlungsprozess, und auch auf dem kulturellen Sektor unserer Stadt zeichnet sich diese Umschichtung ab, indem Schichten, die bisher der Kultur ferne gestanden sind, nun in engste Berührung mit ihr gebracht werden.

Für das Bestreben, Kulturschaffende und -genießende zueinander zu führen, legt das Interesse des Gewerkschaftsbundes für das Musikleben dieser Stadt ein beredtes Zeugnis ab.

Wenn 50 % des Anteiles der Stadt Wien am Kultur Groschen bisher dafür ausgegeben worden sind, Theater zu subventionieren, so wird darin auf die Dauer eine Lösung der Theaterkrise nicht zu sehen sein. Es hieße, den Zweck des Kultur Groschens verfehlen, wenn diese Subventionen zu einem Faulbett für diejenigen werden sollten, die es bisher verabsäumt haben, aus eigener Initiative Mittel und Wege zur Überwindung der Theaterkrise zu suchen. Redner verweist auf Deutschland, wo solche Wege gegangen wurden, des weiteren auf das Theater im 10. Wiener Gemeindebezirk. Dieses sei ein Beweis dafür, daß die Bereitschaft des Wiener Publikums, das bisher den kulturellen Darbietungen fern geblieben ist, wann die entsprechende Möglichkeit geboten wird, großes Interesse für die Kunst hat. Die Möglichkeiten des Anwerbens neuer Interessenten für die Kunst sind also gegeben, wenn man sie nur sucht.

Redner ging sodann auf Detailfragen dieser Budgetgruppe, so den Ravag-Schilling, den österreichischen Staatspreis, den Notring der Wissenschaften und die Erträgnisse des Sporttotos ein. Er forderte die zuständigen Stellen auf, aus den Mitteln des Sporttotos einige Millionen Schilling für die Errichtung von Sportplätzen zu widmen. Hinsichtlich des Fremdanverkehrs brachte er Beispiele für die im Ausland verbreiteten falschen Ansichten über die Sicherheitsverhältnisse in Wien und vertrat einen Antrag der GR. Sigmund und Genossen, in dem der Bürgermeister ersucht wird, beim sowjet-russischen Besatzungselement dahin zu wirken, daß Geschäftsreisenden aus der Westdeutschen Bundesrepublik die Einreise nach Wien unter den gleichen Bedingungen möglich gemacht wird wie solchen aus anderen Staaten. (Beifall.)

Wir würden es außerordentlich freudig begrüßen, wenn nicht nur die Demarkationslinien in Österreich, sondern auch die Demarkationslinien über Österreich im Äther verschwinden würden.

Helfen Sie alle, appelliert Redner zum Schluß, zusammen, daß der kulturelle Wiederaufbau im Zeichen der geistigen Freiheit und Ungeschränktheit geführt wird, damit wir die Rechte erwerben, auf die wir als Kulturvolk Anspruch haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Mandl nahm sodann in einem kurzen Schlußwort zu den in der Debatte aufgeworfenen Problemen und Anfragen Stellung und schloß seine Ausführungen: Die Kultur ist nicht aus dem Rathaus ausgezogen, wie behauptet wird, sie lebt weiter, und unsere unsterbliche Stadt Wien wird ihre Kulturbedeutung für alle Zeiten behalten! (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit war die Geschäftsgruppe III: Kultur und Volksbildung, beendet.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag der GR. Sigmund und Genossen sowie die Ansätze der Budgetgruppe angenommen.

Unterbrechung des Berichtes

Wien im Schnee
=====Straßenpflagedienst in Permanenz - mehr als 4000 Schneeschaufler

20. Dezember (Rath.Korr.) Bei dem Dienstag spät abends eingetretenen und anhaltenden Schneefall mußten alle Straßen mit Schneepflügen befahren werden. In den frühen Morgenstunden wurden auf der Hohen Warte 16 cm Neuschnee gemessen. Die Magistratsabteilung für Straßenpflege hat ab 4.20 Uhr 101 Autoschneepflüge eingesetzt, die ihre Route planmäßig befahren. Außerdem werden 86 pferdebespannte Pflüge und 4 Traktoren zum Schneepflugzug verwendet. 4 Streuautos besorgen die Sicherung der Straßen gegen Glatteis. Die Magistratsabteilung für Straßenpflege hat zu den 1035 ständigen Arbeitern 1.375 Schneeschaufler aufgenommen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben bereits in den späten Abendstunden am Dienstag die allgemeine Ausfahrt der Vorreinigungstriebwagen und das Salzen der Bergstrecken angeordnet. Bis zum Betriebsschluß konnte durch diese Maßnahmen der Betrieb nur mit geringen Verspätungen aufrecht erhalten werden. Für 2 Uhr nachts wurde die Hauptreinigung mit allen Schneereinigungsmitteln und nachher ein neuerliches Salzen der Bergstrecken angeordnet. Um 4 Uhr, als sich der Schneefall verdichtete und auch starker Wind aufkam, wurde eine weitere Reinigung mit dem Vorreinigungstriebwagen durchgeführt.

Der Frühauslauf auf den Bahnhöfen vollzog sich ohne nennenswerte Störungen, obwohl sich auf einzelnen Strecken, besonders in den Außenbezirken, starke Schneeverwehungen ergaben. Der weitere Verkehr vollzog sich auf einigen Linien zunächst mit Verspätungen bis zu 10 Minuten. Nur auf der Linie 132 waren die Verwehungen so groß, daß größere Störungen eintraten. Die Linie 317 meldete eine Störung infolge schlechter Spannungsverhältnisse. Hier langte der erste Zug mit 32 Minuten Verspätung ein. Die Linien 5, 9, 13 und J hatten größere Verspätungen durch scharfe Weichen und Verwehungen. Die Linie 48 war kurze Zeit durch Stromstörung stillgelegt.

Insgesamt wurden bei der Säuberung der Geleiseanlagen 100 Schneepflugtriebwagen mit 92 Anhängerpflügen, 3 Autobusse mit

20. Dezember 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Platt 2224

Vorreinigungspflügen und 5 Schneelastwagen mit 8 Anhängepflügen eingesetzt.

In den frühen Morgenstunden wurden zu den 450 eigenen Arbeitern noch 79 Regie-Arbeiter und 1100 Schneeschaufler aufgenommen.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

20. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 10. Oktober von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim Kirschschlag gebracht wurden, am Freitag, dem 22. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.38 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Pferdemarkt vom 19. Dezember

20. Dezember (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 3 Gebrauchspferde und 99 Schlächterpferde, zusammen 102. Bezahlt wurden für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Wurstvieh 2.50 bis 3.20 S, Bankvieh Ia 4.30 bis 5.- S, IIa 3.40 bis 4.- S, Fohlen Ia 5.60 bis 6.30 S, IIa 4.80 bis 5.50 S. Der Marktverkehr war für Gebrauchspferde sehr flau, alle Pferde blieben unverkauft; für Schlächterpferde ruhiger Marktverkehr.

Herkunft der Tiere: Wien 6, Niederösterreich 56, Oberösterreich 22, Burgenland 3, Steiermark 8, Salzburg 5, Kärnten 2.

Das Wiener Wohlfahrtswesen
15 neue Kindergärten

Der Wiener Gemeinderat trat heute unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. h. c. Körner in die Spezialdebatte über das Kapitel Wohlfahrtswesen ein.

Vizebürgermeister Honay, der Amtsführende Stadtrat dieser Geschäftsgruppe, erklärte nach einem kurzen Rückblick auf die Zeit und die Erfolge Prof. Tandlers, daß die Gemeinde auf dem besten Wege ist, alte, gute Traditionen wieder aufleben zu lassen und vieles von dem, was vernichtet worden ist, wieder schöner und besser zu formen. Beweis dafür ist, daß für das Wohlfahrtswesen 256 Millionen Schilling für 1951 veranschlagt sind, was gegenüber 1948 eine Steigerung von 100 Millionen oder 64 v.H. bedeutet. Diese erfreuliche Ausgestaltung bedingt aber auch eine Vermehrung des Personalstandes. Der Voranschlag sieht eine Vermehrung des Aktivstandes von 2.542 auf 2.644 Personen vor. Dies kommt ausschließlich der Ausgestaltung der Kindergärten und -horte zu. Im April 1945 waren nur 18 benützbare Objekte auf diesem Gebiet verblieben. Derzeit bestehen 136 Kindergärten und im Jahre 1951 sollen 15 Kindergärten, davon 14 vollständig neu-gebaute, eröffnet werden, sodaß die Gemeinde mit Ende des Jahres 1951 in der Lage sein wird, rund 15.000 Kinder in den Kindergärten und -horten aufzunehmen. Im vergangenen Sommer konnten mit Hilfe des Jugendhilfswerkes 35.000 Kinder in gut geleiteten Erholungsstätten auf dem Lande einen jeweils dreißigtägigen Urlaub verbringen.

Auf Anregung des Bürgermeisters wird Schloß Pötzleinsdorf zu einem vorbildlich ausgestatteten Jugendgästehaus umgebaut, in dem nach Fertigstellung junge Menschen aus der ganzen Welt bei ihrem Wiener Aufenthalt Aufnahme und Verpflegung finden werden.

Eine sehr deutliche Besserung unserer Ernährungsverhältnisse zeigt sich bei der Schülerausspeisung, wo 37.000 Einschreibungen rund 65.000 des Jahres 1946 gegenüberstehen. Die Gemeinde hat für das Jahr 1951 mit einer effektiven Ausgabe von 2.3 Millionen Schilling hiefür zu rechnen.

6.071 Pflegekinder - 1.741 Vaterschaftsprozesse

Von den 6.071 Pflegekindern der Gemeinde sind nur 1.413 in Familienpflege. Der Idealzustand wäre, wenn sämtliche in Familien aufgenommen werden könnten, doch müssen einerseits geeignete Pflegeeltern gefunden werden, andererseits wollen viele Pflegeeltern nur Vollwaisen aufnehmen, weil vielfach der wirkliche Vater oder die wirkliche Mutter nach Jahren, wenn die Sorge um das Kind nicht mehr so groß ist, ihr Kind zurückverlangen.

Bei dem ständigen Ansteigen der Zahl der Mündel spielen leider nicht so sehr wirtschaftliche Momente, sondern ein bedauerlicher moralischer Tiefstand eine Rolle. Im Jahre 1947 hatten die Amtsvormünder 23.314 Mündel zu betreuen, gegenwärtig 26.704. Von diesen sind nur 133 ehelicher Geburt. 2.418 Mündel sind in Gemeindepflege. Gegenwärtig hat die Gemeinde 1.741 Prozesse um Anerkennung der Vaterschaft zu führen. Unter dem Beifall des Hauses spricht der Redner den Amtsvormündern den Dank für ihre schwere Arbeit aus.

1.950 Armeekinder - Drei kleine Negerlein

Während wir sonst in dieser Stadt einen bedauernswerten Geburtenrückgang zu verzeichnen haben, trifft dies, wie Vizebürgermeister Honay weiter ausführte, bei den Armeekindern keineswegs zu. Seit dem vorigen Jahr sind es wieder um 140 mehr geworden, so daß wir gegenwärtig genau 1.950 Armeekinder in unserer Stadt haben. An der Spitze stehen die Amerikaner mit 885 Kindern, insgesamt sind es 857. Dann kommen die Russen mit einem Zuwachs von 11 Kindern, insgesamt sind es 632. Die Engländer haben uns 27 neue Armeekinder beschert, insgesamt 315, und die Franzosen 13, insgesamt 143. Auch ein kleines Negerlein ist heuer dazugekommen, so daß wir insgesamt 3 Negerkinder haben.

Bei der Säuglingswäschepaketaktion konnten wir infolge der sinkenden Geburtenzahlen feststellen, daß die für 1950 veranschlagten 1,7 Millionen Schilling ^{nicht} verbraucht wurden. Bis Ende Oktober sind 10.161 Pakete ausgegeben worden. Da die Preise jedoch gestiegen sind, wurde für das nächste Jahr der gleiche Be-

trag in den Voranschlag aufgenommen. Ein Paket wird ungefähr 160 S kosten.

Erhöhung der Stipendien

Die Gemeinde Wien hat auch eine Erhöhung der Stipendien schon für das laufende Studienjahr vorgenommen. Insgesamt wurden 250 Stipendien an Hochschüler, 125 an Fachschüler, 200 an Mittelschüler und 155 an Lehrlinge gegeben. Hiezu kommen noch Förderungsbeiträge, einmalige Studienbeihilfen, monatliche Studienbeihilfen und auch Lehrlingsbeihilfen.

Die Aktion "Jugend am Werk" soll in der Schule in der Grundsteingasse eine Zentrale erhalten. Ein besonderes Problem ist die große Zahl der weiblichen Jugendlichen. Vizebürgermeister Honay hebt hervor, daß die Aktion auch durch das Bundesministerium für Soziale Verwaltung unterstützt wird.

Die Fürsorge für unsere Alten

Zu der Fürsorge für unsere Alten stellt Vizebürgermeister Honay mit Befriedigung fest, daß die Zahl der dauerunterstützten Leute durch die Schaffung der Arbeiterrenten zurückgegangen ist. Das verpflichtet die Gemeinde, ihre Fürsorge für die Alten in die Tiefe auszubauen und noch mehr zu individualisieren. Gegenwärtig stehen 28.313 Fälle in der gehobenen und allgemeinen Fürsorge.

Bei den Tagesheimstätten, den früheren Wärmestuben hebt der Referent besonders hervor, daß entgegen gehässigen Presseangriffen die alten Leute die Tagesheimstätten vor allem deswegen besuchen, um eine Unterhaltung zu haben und zu Hause nicht allein sein zu müssen. Insgesamt ist für die Tagesheimstätten ein Betrag von 260.000 Schilling veranschlagt, von dem 100.000 S das Sozialministerium zur Verfügung stellt.

Hilfe und Fürsorge für alle

In der wirtschaftlichen Tuberkulosenhilfe werden 576 Fälle betreut. Dem Wiener Gemeinderat wird in einigen Wochen ein Projekt vorgelegt werden, daß die Möglichkeit geben soll, zwei Häuser nach dem Beispiel der nordischen Staaten für rekonvaleszente Tuberkulose, und zwar für alleinstehende Männer und Frauen zu errichten.

Das Opferfürsorgereferat wurde weiter ausgebaut, die Ansätze sind von 500.000 für das Jahr 1950 auf 800.000 für 1951 gestiegen. Der Redner betonte, daß für die Opfer des Faschismus eine vorbildliche Arbeit geleistet wurde. Es wird auch versucht, den Körperbehinderten zu helfen, für diesen Zweck ist eine Werkstätte im Warenlager in der Josefstädter Straße eingerichtet worden. Zum ersten Mal sind für das kommende Jahr 300.000 S für Mietzuschüsse an Siedler veranschlagt.

Die Flüchtlingsfürsorge betreut in 8 Lagern und 2 Rekonvaleszentenlagern insgesamt 3.361 Flüchtlinge. Das Lager auf dem Cobenzl konnte endlich abgebrochen und die Flüchtlinge in bessere Unterkünfte gebracht werden.

Dank an die Fürsorgeräte

Vizebürgermeister Honay teilte mit, daß sich die Maßnahme, die Hausbesorger an dem Ergebnis der öffentlichen Häusersammlungen durch eine 10 %ige Beteiligung zu interessieren, bezahlt gemacht hat. Während alle anderen Sammlungen ein rückläufiges Ergebnis aufwiesen, konnte zum erstenmal bei der Häusersammlung für die Armen Wiens schon jetzt eine vorläufige Steigerung um 51.000 S verzeichnet werden. Insgesamt sind bisher 760.490 S eingelaufen.

In diesem Zusammenhang sprach der Referent der Bevölkerung und den Fürsorgeräten seinen Dank für ihre Mithilfe aus. (Beifall bei der SPÖ.) Er betonte, daß die Verdienste der langjährigen Fürsorgeräte in Zukunft durch die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien geehrt werden können.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Vizebürgermeister Honay, daß er sich immer bemüht habe, nicht nur von Demokratie zu sprechen, sondern auch demokratisch zu handeln und zu verwalten. Er sei dankbar für jede Anregung und im Rahmen des Möglichen gerne bereit, sie durchzuführen. Der Referent gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Idealzustand in der Fürsorge noch nicht erreicht ist. Er glaube aber, daß alle Männer und Frauen in diesem Saal von dem ehrlichen Willen zu helfen und mit den vorhandenen Mitteln den größtmöglichen Effekt zu erzielen, überzeugt sind. In diesem Geist und in diesem Sinn ersuchte Vizebürgermeister Honay die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zu genehmigen.

GR.Lauscher (LBl) vertritt die Meinung, daß der Vorschlag nur auf Optik hinzielt. Bei genauer Durchsicht muß man aber feststellen, daß die Bevölkerung nicht mit Mehrleistungen rechnen kann. Gerade die Wohlfahrtspflege und das Fürsorgewesen sind Kapitel, mit denen man sich mit Liebe beschäftigen muß.

Redner spricht von großer Notlage der Kinder und Jugendlichen. Die Kriegs- und Nachkriegszeit brachte starke Verwahrlosung. Die zur Verfügung stehenden Jugendfürsorgeanstalten reichen nicht aus. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Schaffung neuer Anstalten ein und stellt sich gegen die Unterbringung der Kinder in privaten Heimen.

GR.Lauscher wendet sich sodann gegen die aus dem Vorschlag ersichtliche Verringerung um 76 Erzieher. Diesen Abbau hält er für völlig ausgeschlossen. Seiner Ansicht nach könnte die Lage in den Erziehungsheimen entscheidend gebessert werden, wenn mehr Kinder in private Familienpflege kommen könnten. Er tritt in diesem Zusammenhang für eine Erhöhung der Pflegegelder ein, weil damit eine größere Bereitwilligkeit von Eltern erzielt werden könnte, Kinder aufzunehmen. Es müsse jedoch vor allem gesorgt werden, solche Pflegeplätze nur in Wien zu finden und nicht in den anderen Bundesländern, da die Kinder dort oft im Lernen zurückbleiben und sich dann, wenn sie wieder in die Großstadt kommen, nur sehr schwer in ihrer Lehre zurechtfinden. Auch in den schlechten Wohnverhältnissen sieht Redner eine Ursache der geringen Pflegestellen. GR.Lauscher stellt mit Bedauern fest, daß es derzeit in Wien einige Bezirke gibt, in denen keine städtischen Jugendhorte sind. Es handelt sich um den 1., 2., 6., 7., 8. und 18. Bezirk. In vielen anderen Bezirken ist die Zahl der Horte gleichfalls zu gering. Er schlägt als Übergangslösung vor, in Schulen, in denen kein Wechselunterricht geführt wird, einige Klassen für den Hortbetrieb einzurichten. Die Gestaltung der Elternbeiträge für diese Horte müßte eine geringere sein.

Der Redner richtet die Aufforderung an den Gemeinderat, sich nicht nur in Worten sondern auch in Taten zu den Gedanken Prof. Tandlers zu bekennen.

Das Problem der schulentlassenen und arbeitslosen Jugend muß eine immer größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil ihre Zahl im Anwachsen begriffen ist. Wir werden mit einer Massenarbeitslosigkeit der Jugend zu rechnen haben. Im Februar dieses Jahres waren in Österreich ungefähr 30.000 Jugendliche arbeitslos. Dadurch wird sich auch die Frage der Beschaffung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen immer schwieriger gestalten. In Wien waren im Mai 1950 716, im November nahezu 1100 Jugendliche weiters 775 als Hilfsarbeiter beim Arbeitsamt zur Vermittlung vorgemerkelt. Der Stadtschulrat müßte aufgefordert werden, Kurse einzurichten und die Jugendlichen für die Abschlußprüfung der 4. Hauptschulklasse vorzubereiten. Diese Kurse und das Lernmaterial müßten kostenlos beigestellt werden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß Jugendliche, die Lehrstellen suchen, wegen mangelnder Hauptschulbildung keinen Lehrplatz bekommen konnten.

Ein Weg, um das Problem der schulentlassenen berufslosen Jugend zu lösen, wäre die Errichtung von öffentlichen Lehrwerkstätten durch die Gemeinde Wien. Aufgabe der Gemeinde wäre es, auf diesem Gebiet endlich Initiative zu entwickeln.

Auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt fehle es noch immer an einheitlichen Bestimmungen. Redner verlangt die endliche Schaffung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes.

Die Obdachlosenfürsorge wurde seit 1945 zum Teil wesentlich ausgebaut. Als Grundlage der Budgetierung für die Altersfürsorge wurden 26.000 Dauerbefürsorgte genommen. Die Sätze der Dauerfürsorge sind gänzlich ungenügend, um auch nur das bescheidene Leben fristen zu können. Redner erinnert an die seinerzeit eingebrachten kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze, er schildert die Not der Befürsorgten und zeigt auf der anderen Seite auf, wie ^{sich} eine bestimmte Gruppe von Schwerverdienern seit 1945 Vermögen zusammengerafft haben. Zu der ÖVP gewendet sagt er: Man kann nicht bei jeder Gelegenheit des Prinzip der Nächstenliebe predigen, wenn man nicht auch die Taten setzt!

Die Fürsorge der Stadt Wien stand einmal in der ganzen Welt im besten Ansehen. Tandler hat diesen Ruf mitbegründen geholfen. Heute müßte aber viel mehr geschehen, um dem Erbe eines Tandler gerecht zu werden. Unsere Fürsorgeräte sind vom besten Willen getragen und bemühen sich nach Möglichkeit. Ihrem Wirken sind aber enge Grenzen gezogen. Außerdem besteht hier eine gewisse Parteilichkeit, indem Fürsorgeräte einer Partei rascher über Möglichkeiten informiert werden, die bestehen, um den Befürsorgten eine Begünstigung zu beschaffen.

Redner regt die monatliche und kostenlose Herausgabe der "Blätter für das Wohlfahrtswesen" an. Diese müßten weniger theoretische Darstellungen als Anleitungen für die Praxis enthalten.

Er beschäftigt sich schließlich noch mit der Altersfürsorge in den Heimen, wobei er für die Erhöhung des Hand- und Taschengeldes eintritt, und verweist darauf, daß beispielsweise Salzburg in dieser Hinsicht eine großzügigere Regelung als Wien habe. Er spricht sich für eine Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen aus und schließt: Das vorliegende Budget zeigt, daß mit keinen größeren Leistungen in der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien im kommenden Jahr gerechnet werden kann. Da diese Leistungen mehr als ungenügend sind, lehnt die kommunistische Fraktion dieses Hauptstück ab.

BR.Nora Hiltl (ÖVP) erinnert daran, daß bereits im 18.Jahrhundert in Wien mit Wohlfahrtseinrichtungen begonnen wurde und daß Bürgermeister Dr.Lueger die Voraussetzungen schuf, auf denen dann Prof.Tandler aufbauen konnte.

Es ist zu begrüßen, daß die neu errichteten Kindergärten den modernen Ansprüchen entsprechend ausgestaltet wurden. Doch muß auch dafür gesorgt werden, den Familien dieser Kinder zu helfen, damit sie aus den Kindergärten nicht in eine trübe Umgebung zurückkommen. Denn für das Kind ist das Heim der Ort, wo es zu einem wirklich brauchbaren und glücklichen Menschen herangezogen werden kann. Rednerin verweist darauf, daß es aber auch das Recht der Minderbemittelten sein müsse, ihre Kinder in pri-

vate Kindergärten zu schicken und stellt den Antrag, auch dort ganze, halbe und Viertelfreiplätze zu gewähren.

Der überwiegende Teil der Anstalten, die Kinder aufnehmen, die nicht das Glück haben, in einer Familie erzogen zu werden, ist bemüht, diesen Kindern ein Heim zu bieten und ihnen eine gute Erziehung angeeignet zu lassen. Trotzdem müßten die Bemühungen um die Auffindung geeigneter Pflegeplätze verstärkt werden. Dafür sollten vor allem junge Kriegerwitwen gewonnen werden, die den Kindern persönliche Liebe geben würden und dabei selbst Erfüllung ihres Lebenszweckes finden könnten. Sie stellt gleichzeitig und unter Hinweis darauf, daß die Zahl der Pflegeplätze gegenüber 1934 in Wien um ca ein Drittel zurückgegangen ist, den Antrag, den Pflegekostenbeitrag entsprechend den verteuerten Lebenshaltungskosten zu erhöhen. Sie appelliert an die Öffentlichkeit, sich in christlicher Nächstenliebe dieser Kinder anzunehmen und sie zu echten und guten Wienern und Österreichern zu erziehen.

Die Rednerin verweist sodann darauf, daß heute vielfach Frauen von 50 Jahren keine Möglichkeit mehr haben, in einem Beruf unterzukommen, obwohl sie sich mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen wollen. Sie regt an, diesen aus Fürsorgemitteln ein in mehreren Monaten oder Jahren rückzahlbares Darlehen zur Wiedererrichtung einer Existenz zu gewähren.

Sie ersucht, die Zahl der in der Fürsorge tätigen Beamten nicht nur nicht zu verringern, sondern womöglich noch zu erhöhen. Schließlich würdigt sie die Arbeit der vielen amtlichen Helfer in der Fürsorge und wendet sich dagegen, daß diese 12 S monatlich für eine Netzkarte ausgeben müssen.

Weiter regt sie an, die Richtsätze für die Gewährung einer Rente an solche Personen, die im gemeinsamen Haushalt mit verdienenden Personen leben, zu erhöhen, da auch diese Menschen vielfach in sehr schlechten Verhältnissen leben.

Die Rednerin machte auch heuer wieder darauf aufmerksam, daß die Fürsorgerinnen nach der neuen Dienstordnung in eine Verwendungsgruppe eingestuft werden, die ihren Leistungen nicht entspricht.

Sie stellte den Antrag, zumindest jenen Fürsorgerinnen, die schon vor dem 13. März 1938 in der entsprechenden Verwendungsgruppe gereiht waren, in die Stufe der Beamten einzureihen. 83 Fürsorgerinnen würden dafür in Betracht kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Zustände in den Flüchtlingslagern kritisiert GR. Hiltl und wendet sich gegen gewisse Härten und Ungerechtigkeiten. Sie kritisiert, daß man in den Baracken einen Mietpreis von 1.40 S pro Quadratmeter verlangt, bzw. in den Schulen 50 Groschen pro Kopf und Tag. Sie ersucht, diese Preise zu revidieren.

Bei den Lehrlingsheimen lobte die Rednerin die mustergültige Führung einzelner Heime. Sie nahm jedoch dagegen Stellung, daß den Lehrlingen von ihrem Taschengeld nach Abzug der Verpflegskosten ein mit den Lehrjahren steigender Betrag abgezogen werde. Dies führe dazu, daß die Lehrlinge oft Schulden machen. Die Rednerin stellte den Antrag, auch im fünften und in den folgenden Halbjahren nur die Verpflegkostensumme in der Höhe des 4. Halbjahres abzuziehen.

Unter dem Beifall der Volkspartei wendet sich die Sprecherin zum Schluß ihrer Ausführungen gegen ihren kommunistischen Vorredner und weist ihn auf die großen Leistungen der christlichen Fürsorgeorganisationen wie vor allem der Caritas hin. Abschließend spricht sie von der großen Verpflichtung bei der Arbeit auf dem Gebiet der Wohlfahrt. Sie kann nur erfüllt werden, wenn ernst und mit gutem Willen zusammengearbeitet wird. Weil es der österreichischen Volkspartei um die Sache geht, und nicht um irgendwelche demagogische oder politische Interessen, gab die Rednerin die Zustimmung zu diesem Kapitel. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Martha Burian (WdU) bezeichnet die Tatsache, daß die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen um 55 Millionen höher angesetzt sind, als erfreulich. Sei weist jedoch darauf hin, daß viele Ansätze noch zu gering sind, wie zum Beispiel in der Wohlfahrtspflege die laufenden Unterstützungen. Sie regt an, den Unterstützungsempfängern wenigstens zu Weihnachten eine kleine Aus-
hilfe zu gewähren.

Dann stellt die Rednerin verschiedene Anfragen zum Budget und gibt die Anregung, neue Typen von Altersheimen zu schaffen. Im übrigen gibt sie im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des IV. Hauptstückes.

GR.Dr.Matejka (LBl) erörtert verschiedene Fragen der Jugendfürsorge und kritisiert, daß die Ansätze für Stipendien fast gleich geblieben sind. Er bezeichnet die Summe als keineswegs ausreichend und betont, es sei Aufgabe der Gemeindeverwaltung, diese Ansätze endlich einmal zu verändern. Der Redner weist in diesem Zusammenhang auf die neuen Grundlagen der Förderung in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien hin, die für den Aufstieg der Tüchtigsten der breiten Masse die Voraussetzungen liefern.

GR.Dr.Matejka spricht vom Standpunkt der Jugendfürsorge gegen die verderbliche Wirkung der amerikanischen Filme für unsere Jugend. Es wurden in Österreich im Jahre 1947 31, im Jahre 1948 59, 1949 131 und bis Mitte November 1950 177 solcher Filme gezeigt. Der Redner begrüßt in diesem Zusammenhang ein bereits in Vorbereitung befindliches vorbeugendes Gesetz zum Schutze der Jugend.

Ein besonderes Augenmerk müßte auch der künstlerischen Befürsorgung aller Kindergärten, Horte usw. zugewendet werden. Es gibt hier große Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung für die Künstler und außerdem würden die Heime durch eine künstlerische Ausgestaltung sehr gewinnen und die Kinder dadurch günstig beeinflusst werden. Der Redner erklärt, eine nur leibliche Fürsorge wäre eine Halbheit, wenn nicht gleichzeitig immer wieder die geistige Fürsorge ins Auge gefaßt würde.

Die Kindergärten - das Herzstück der Fürsorge

GR.Frieda Nödl (SPÖ) stellt fest, die Budgetdebatte hätte nur dann Zweck, wenn man nicht nur Pläne schmiedet, sondern wenn auch auf das im vergangenen Jahr Geleistete Rückschau gehalten wird, Daraus könne man lernen, was noch zu machen ist und wie es besser gemacht werden kann. Wenn wir nun zurückschauen und sehen, was seit 1945 gerade auf dem Gebiete der Wohlfahrts-pflege und Fürsorge geschehen ist, so müssen wir sagen, wenn dieser Weg weiter beschritten wird, dann wird es wieder dazu kommen, ja zum Teil ist es sogar schon so weit, daß Wien wieder die Metropole der Wohlfahrt wird.

GR. Nödl sprach dann kurz über die Anfänge unserer heutigen Kindergärten, nämlich die Spielschulen. Schon allein aus diesen zwei Worten ist der Unterschied der Wohlfahrt von damals und der Fürsorge von heute zu ersehen. Die Aufgabe der Kindergärten ist heute nicht, Kinder zu unterrichten; sie sollen vielmehr den Kindern das Elternhaus ersetzen. Jene Kinder, deren Mütter tagsüber berufstätig sind, sollen dort betreut werden.

GR. Nödl nimmt dann zu einer Notiz im "Kleinen Volksblatt" Stellung, in der es Vizebürgermeister Weinberger bedauert, daß im Budget wohl Beträge für den Bau von 5.000 Wohnungen, von Schulen, für Vollbeschäftigung, für 15 neue Kindergärten usw. vorgesehen sind, nicht aber für den Bau einer U-Bahn. Sie hält solche Artikel nicht für angebracht - nicht nur deshalb weil die Bevölkerung in den heutigen Notzeiten die Durchführung eines solchen Milliardenprojektes nicht verstehen würde - sondern weil z.B. hinter den erwähnten 15 neuen Kindergärten 1366 Kinder stehen, die zusätzlich erfaßt werden können. Und den Müttern von 1366 Kindern werden die Last und die Sorge um ihr Kind genommen. Die Rednerin spricht allen verantwortlichen Männern, die den Bau dieser 15 neuen Kindergärten in das Programm des kommenden Jahres aufgenommen haben, den herzlichsten Dank aus. (Starker Beifall bei der SPÖ.) Die jungen Menschen, die in diesen Kinderpalästen unserer Stadt aufwachsen, werden beredtes Zeugnis ablegen, daß sie, obwohl sie in einer Notzeit ihre Kindheit verbringen mußten, eine Stadtverwaltung hatten, die für die Ärmsten Kinderpaläste gebaut hat. Das Werk Tandlers war es, daß man von einer Zeit des Almosenempfanges zu einer Zeit gekommen ist, in der die arbeitenden Menschen das Recht haben, mitzubestimmen, und in der vorwiegend das geschaffen wird, was für die Mehrheit der Bevölkerung notwendig ist. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Zu der Erklärung der GR. Hiltl, niemand habe das Recht, die Mütter zu zwingen, ihre Kinder in einen städtischen Kindergarten zu geben, führt Rednerin aus, daß es solchen, denen diese hygienischsten Kindergärten nicht gut genug sind, frei stehe, ihre Kinder dort hinzugeben, wo es ihnen beliebt. Man könne nur nicht verlangen, daß solche Sonderallüren mit Steuergeldern bezahlt würden.

Rednerin begrüßt den Gedanken, Kindergärten dort zu errichten, wo die Kinder einen Auslauf haben, wo Grünflächen vorhanden sind, und die Kinder nicht gezwungen sind, den ganzen Tag über im Zimmer zu sein. Der Beginn sei gemacht und werde fortgesetzt werden.

Wenn wir in dieser Stadt von moderner Fürsorge und den Pflichten des Wohlfahrtswesen sprechen, dann müßte innerhalb dieser Fürsorge die Sorge für unsere Kinder und die Kindergärten das Herzstück bilden, weil all das, was jetzt für unsere Jugend geschieht, dem Aufbau für die Zukunft dient. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Es wäre gut, nicht nur die vorschulpflichtigen sondern auch die schulpflichtigen Kinder, deren Eltern nicht zu Hause sind, in Horten unterzubringen. Im Straußpark in der Albertgasse und in der Venediger Au wurde der Versuch unternommen, für Kinder Spielgeräte aufzustellen. Dieser Versuch ist gelungen, und es wäre zu wünschen, wenn im kommenden Jahr vor allem in den Arbeiterbezirken weitere Plätze mit Spielgeräten ausgestattet würden.

Rednerin spricht im einzelnen von der Bedeutung und den Erfolgen des Sonderkindergartens für körperbehinderte Kinder. Die Besucherzahl beträgt in dem Jahr seit seiner Eröffnung über 3.100. Darunter befinden sich auch Besucher aus Australien, Indien, Palästina usw. Daran sehen wir mit Stolz, daß auch ein armes Land, wenn es nur menschlich empfindet und das Pflichtgefühl, zu helfen, vorhanden ist, Großes schaffen kann, so Großes, daß es beispielgebend in der Welt ist. (Anhaltender Beifall.)

Rednerin erinnert an den in Wien abgehaltenen Kongreß der Internationalen Organisation für die Erziehung von Kleinkindern und hebt dankend die Verdienste des Leiters des Jugendamtes der Stadt Wien, Prof. Tesarek, hervor, der Initiative bewiesen und dafür gesorgt hat, daß man die Erfahrungen, die man bei uns machen kann, über die Grenzen unseres Landes hinausbringt. Daß über Anregung der Sozialkommission der Vereinten Nationen bei uns die Internationale Tagung der Fürsorgeschuldirektoren statt-

gefunden hat, ist ehrend. Die Vereinten Nationen geben sogar schon Stipendien, damit Ausländer die Fürsorgeeinrichtungen in Wien studieren können.

Wenn in einem kleinen Land wie Österreich eine Stadt wie Wien moderne Fürsorgeeinrichtungen schafft und dafür sorgt, daß das Wohlfahrtswesen nach modernen Gesichtspunkten geführt wird, dann werden wir für uns in der Welt das Verständnis schaffen, daß auch ein kleines Volk das Recht hat, gehört zu werden, dann werden wir uns das Recht verschaffen, im Rahmen der größeren Völker mitzusprechen und dafür sorgen, daß uns die anderen endlich zu unserem Recht verhelfen, in unserem eigenen Lande als freie Menschen unser Schicksal entscheiden zu dürfen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Der Sinn unserer Fürsorge muß es sein, den Frieden in der Weise zu schützen, daß wir für Menschlichkeit sorgen.

Wir senden nicht Friedenstauben aus, wir sammeln keine Unterschriften - wir pflegen den Austausch unserer Jugend mit der anderer Völker, um die Nationen einander näher zu bringen. Das ist unser Beitrag zum Frieden!

Wenn wir Sozialisten es besonders begrüßen, daß im Wohlfahrtswesen alles getan wird, um eine moderne Fürsorge zu verwirklichen, so begrüßen wir das vor allem deshalb, weil es die Erfüllung eines Stückes unseres Programmes ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Uns Sozialisten ist der Sozialismus etwas wie Religion, etwas, was tief in unseren Herzen ruht, es ist das Verlangen, den Notleidenden bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir wollen Hüter der Menschenrechte sein. Helfen Sie alle, appelliert Gemeinderätin Nödl abschließend an die Parteien des Hauses, gerade in der Fürsorge mit! Wenn wir alle zusammenarbeiten, wird es und gelingen, die Zahl der Enterbten und Unterdrückten, deren Anwalt wir Sozialisten sind, zu verringern. Dann wird es uns gelingen, in dieser, unserer geliebten Heimatstadt Wien, an der wir mit allen Fasern unseres Herzens hängen, gemeinsam Hüter der Menschenrechte zu sein! (Starker, lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Städtische Alterssiedlungen

Vizebürgermeister Honay ging in seinem Schlußwort auf die in der Debatte vorgebrachten Anregungen ein und erklärte, er könne nicht die Meinung des GR. Lauscher teilen, daß die Gemeinde bei der Auswahl von Pflegeeltern zu viele Garantien verlange. Gerade die Linkspresse würde heftige Kritik üben, wenn einem Pflegekind etwas zustoßen sollte. Außerdem können nicht alle Wünsche nach Pflegekindern berücksichtigt werden, weil man die Kinder nicht in dumpfe und dunkle Wohnungen geben kann. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurden ein Landesausschuß ins Leben gerufen, und es ist geplant, Lehrwerkstätten einzurichten. Auch ein Jugendwohlfahrtsgesetz ist im Bundesministerium für Soziale Verwaltung ausgearbeitet worden und wird demnächst dem Nationalrat zugeleitet werden. Die Richtsätze der Altersfürsorge sind variabel und die Fürsorgeamtsvorsteher und Fürsorgegeräte haben die Möglichkeit, sie dem einzelnen Fall entsprechend zu ändern und den Bedürfnissen anzupassen. An die Kinder von Arbeitslosen werden Weihnachtsgaben verteilt.

Vizebürgermeister Honay machte sodann von einem Projekt Mitteilung, wonach im Anschluß an städtische Siedlungsbauten kleinere Anlagen vorgesehen sind, in denen alte Ehepaare und alte Leute in eigenen kleinen Räumen befürsorgt werden sollen.

Gegenüber der GR. Burian (WdU) erklärt der Redner, daß im Voranschlag für 1949 849.000 S für Stipendien vorgesehen waren, im Jahre 1950 900.000 S und für 1951 1 Million Schilling für diesen Zweck vorgesehen sind.

Abschließend dankt Vizebürgermeister Honay allen seinen Mitarbeitern und spricht die Hoffnung aus, daß auch im kommenden Jahr alle gemeinsam zum Wohle des kostbarsten Gutes, unserer Jugend, arbeiten werden und es möglich sein wird, das harte Los jener, die die städtische Fürsorge in Anspruch nehmen müssen, zu lindern.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze dieser Geschäftsgruppe - Wohlfahrtswesen - ohne Stimme des Linksblockes unverändert angenommen. Die Anträge der GR. Hiltl werden gemäß dem Antrag des Referenten der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Berichtes

90 Jahre österreichisches Ingenieurgesetz
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Anlässlich der 90-Jahrfeier des Bestehens des ersten österreichischen Ingenieurgesetzes wurde heute der Vorstand der Ingenieur- und Architektenkammer unter der Führung ihre Präsidenten Dipl.Ing. Magyar von Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Stadtrat Jonas und Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker im Rathaus empfangen. Präsident Magyar verwies auf das gute Einvernehmen und den reibungslosen Verkehr zwischen der Kammer und allen Stellen des Magistrates. Er dankte für die Unterstützung seitens der Gemeinde und regte an, daß diese nicht nur private Architekten für ihre Vorhaben heranziehen möge, sondern auch Brücken-, Wasser- und Maschinenbauer.

Festliche Dachgleiche am Westbahnhof
=====Minister Waldbrunner würdigt die Initiative der Stadtverwaltung

20. Dezember (Rath.Korr.) Heute mittag fand auf der Baustelle des neuen Westbahnhofes die Feier der Dachgleiche statt. In der riesigen Halle des Hauptfrontgebäudes versammelten sich zahlreiche Ehrengäste unter ihnen Minister Dipl.Ing. Waldbrunner und Staatssekretär Übeleis. In Vertretung der Stadt Wien sind Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Stadtrat Dkfm. Nathschläger und Stadtbau- direktor Dipl.Ing. Gundacker mit den leitenden Beamten des Stadtbauamtes erschienen.

Bundesminister Waldbrunner, der nach den Begrüßungsansprachen von Vertretern der Bauleitung, der Baufirmen und der Arbeiterschaft das Wort ergriff, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß mit dem Aufbau des Westbahnhofes ein langgehegter Wunsch des Verkehrsministeriums und zugleich aller Wiener in Erfüllung geht. Er unterstrich besonders die Bedeutung dieses Bahnhofes, der einen Endpunkt der Ost-West-Achse bildet. Mit diesem Bahnhof, sagte er, eröffnen wir ein neues Tor nach dem Westen Europas, mit dem uns starke kulturelle und wirtschaftliche Bande verbinden. Es wird ein schönes und würdiges Tor sein, auf das die Wiener stolz sein können.

Der Verkehrsminister benützte diese Gelegenheit, um auch der Stadtverwaltung und insbesondere dem Wiener Bürgermeister für die Mitarbeit seit dem ersten Tag der Durchführung dieses großen Projektes, zu danken. Der Minister bezeichnete den Bürgermeister als den allerersten Arbeiter an dieser Baustelle. Schon die ersten Verhandlungen des Verkehrsministeriums mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien hatten einen guten Verlauf. Der Mitarbeit der Stadtverwaltung, die alle ihr zustehenden Vorarbeiten rasch und mustergültig durchgeführt hat, ist es zu danken, daß bis jetzt alle Bauarbeiten termingemäß beendet werden konnten.

Bürgermeister Körner, der seit den Frühjahrsmonaten die Baustelle am Westbahnhof wiederholt besichtigt hatte, wurde auch bei der heutigen Dachgleichenfeier von den Arbeitern und dem technischen Personal stürmisch begrüßt.

Entfallende Sprechstunden

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Donnerstag, den 21., und Donnerstag, den 28. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger.

Fortsetzung des Berichtes:

Das Wiener Gesundheitswesen

Über die Ansätze des 5. Hauptstückes referierte Vizebürgermeister Weinberger. Er stellte einleitend fest, daß er nur ~~se~~ viel in Ordnung bringen lassen könne, als er Geld zur Verfügung habe. Das gelte für alle Bereiche seines Ressorts. Wenn daher in der Debatte Kritik angebracht werden soll, müsse sie sich an die Stelle richten, die dafür verantwortlich ist.

Der Referent sprach dann über die vielfältigen Ursachen, die alle zu der großen Belastung des Gemeindehaushaltes aus dem Titel der Gesundheitsverwaltung beitragen. Er betonte, daß die Gesundheitsverwaltung keiner Stadt der Welt ein Geschäft gewesen ist oder je sein könnte. Es ist nicht möglich, aus der Krankenpflege, aus der Pflege ~~alter~~ Leute, aus der Erziehung schwer erziehbarer Kinder Gewinn zu schlagen.

Es gibt aber auch noch andere Ursachen. Eine von ihnen liegt in der außerordentlichen Verteuerung und Vermehrung der Medikamente, die in den Anstalten verwendet werden müssen. Während im Jahr 1938 pro Verpflegstag 0.13 S für Medikamente ausgegeben wurden, sind es 1951 3.10 S. Demgegenüber haben die Verpflegungsgebühren 1938 pro Tag 11 S betragen und betragen heute 35 S. Man sieht also, daß die Verpflegungsgebühren keineswegs entsprechend erhöht worden sind. Unsere Verpflegungsgebühren sind auch, obwohl sie als hoch empfunden werden, im Vergleich zu der Schweiz oder zu anderen Ländern bedeutend niedriger. Natürlich spielt der Personalaufwand eine ebenso bedeutende Rolle. Bei dem Vergleich zwischen 1938 und 1951 ergeben sich dafür pro Tag 3.32 S. damals und heute 27.36 S. Auch der Sachaufwand ist von 1.96 S auf 14.63 S gestiegen, ebenso die baulichen Investitionen von 0.03 auf 2.85 S. Dies alles läßt erklärlich erscheinen, daß die Geschäftsgruppe Gesundheitswesen viel Geld kostet.

Zu den Fondskrankenanstalten bemerkte Vizebürgermeister Weinberger, daß auch er bereit sei, sie dem Bund zurückzugeben. Es wird aber nicht leicht sein, diese Anstalten jetzt wieder "zurückzuschicken", weil sich niemand finden wird, der das "Geschenk" annimmt. Hoffentlich gelingt es zumindest beim Allgemeinen Krankenhaus.

Vizebürgermeister Weinberger gab im weiteren Verlauf seiner Ausführungen einen interessanten Einblick in die Aufgliederung des Verpflegskostensatzes, der in der Regel von der Wiener Bevölkerung als zu hoch empfunden wird. Der Verpflegskostensatz beinhaltet aber folgende Punkte:

den Personalaufwand, der sehr groß ist,
die Anlagenerhaltung,
die Raum- und Hauskosten, das sind alle Steuern, Zinse, Hausbetriebskosten, Wassergebühren, Kanalräumungsgebühren, Rauchfangkehrergebühren usw.

Die Inventarerhaltung, das sind die ärztlichen Instrumente, medizinischen Apparate, Röntgenanlagen, Kleider, Wäsche, Arbeitskleider, Wäschereinigung, Fahrpark usw.

Die Dienstkleider,
die Verbrauchsmaterialien. Hier ist endlich auch die Verpflegung enthalten. Dazu kommen noch Arzneien, Brennstoff, Treibstoff usw.

Die Aufwandentschädigungen,
verschiedene Betriebserfordernisse und
die Verwaltungskostenbeiträge.

Alles das zusammen ergibt die Einheit des Tageskostenverpflegssatzes.

Unter dem Beifall seiner Fraktion beschäftigt sich sodann der Referent mit den Ausführungen verschiedener Vorredner über die Leistungen der Verwaltung in der Vergangenheit und stellt fest, daß auch schon unter Lueger viel für das Wiener Gesundheits- und Fürsorgewesen geschehen ist. Er erinnert an die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels, die Hochquellenleitungen, das Lainzer Altersheim usw. Selbstverständlich könne man nicht leugnen, daß nach dem ersten Weltkrieg vor allem in der Fürsorge sehr viel geschehen ist. In diesem Zusammenhang kritisiert jedoch Vizebürgermeister Weinberger das Buch "Wohlfahrtsstadt Wien", in dem wiederum kein Wort über die beachtlichen Leistungen des Wiederaufbaues, Neubaues und der Verbesserungen im Wiener Gesundheitswesen steht. Er bezeichnet diese Unterlassung als sehr bedauerlich, (Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!)

Vizebürgermeister Weinberger gibt sodann einen Überblick über die bisherigen Leistungen im Gesundheitswesen. Von den 14 Spitälern der Gemeinde war ein Großteil schwer beschädigt, andere wieder ausgeplündert. Das gleiche gilt für die Altersheime. Auch die Wiener Rettung war 1945 total zerstört. Es war ja überhaupt keine Abteilung des Gesundheitswesens, die nicht schwer vom Krieg heimgesucht gewesen wäre. Ein Großteil der Filialen der Rettung und der Sanitätsstationen war schwer bombenbeschädigt. Es gab keinen Rettungswagen und als Sanitätswagen standen einige Leiterwagen zur Verfügung. Später stellte die englische Besatzungsmacht fünf Leihwagen zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Exhumierungen der 1945 in Parkanlagen und dergleichen begrabenen über 10.000 Leichen konnte Beträchtliches geleistet werden.

Auch die Tbc-Fürsorgestellen, Schulzahnkliniken, Gesundheitsämter, Desinfektionsanstalten usw. war teilweise durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen.

In den Spitälern wurden die ärgsten Kriegsschäden bereits beseitigt. So konnte zum Beispiel der sogenannte Escherich-Pavillon mit Hilfe der Schweizer wiederhergestellt werden. Der Pavillon A und E des Franz Josef-Spitals wurde wiederaufgebaut und das Preyersche Kinderspital konnte in hervorragender Weise ausgestaltet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist gelungen, die Bettenanzahl der Spitäler, die 1945 rund 7.100 betrug, wieder auf 13.302 zu erhöhen. Dies und die baulichen Wiederherstellungen haben natürlich ungeheure Kosten verursacht. Ebenso war es bei den Altersheimen. Auch die beiden Obdachlosenheime werden weiter ausgebaut.

Beim Rettungsdienst sind bereits wieder alle Stationen in Ordnung und einige neu eröffnet. Es wurden auch neue Wagen angeschafft. Im zentralen Gesundheitsdienst wurden die Räume endlich in Ordnung gebracht.

Große Aufbauarbeiten waren bei der Tbc-Fürsorge zu leisten. Derzeit haben wir 22 Tbc-Fürsorgestellen, das ist ein in unserer Stadt noch nie da gewesener Stand.

Auch bei den Schulzahnkliniken wurden alle Schäden behoben. In Meidling wird im kommenden Jahr eine neue darartige Stelle eingerichtet werden. Auch in den Bezirksgesundheitsämtern und in den Desinfektionsanstalten wurden die Schäden behoben.

Redner kommt auf die Chlorung des Wiener Trinkwassers zu sprechen, die seit 1945 im Auftrage der Alliierten durchgeführt wird. Er ist schon im Hinblick auf den steigenden Fremdenverkehr für Aufhebung der dauernden Chlorung, wenn Rax und Schneeberggebiet Wasserschutzgebiet wird. Weitere Möglichkeiten wären eine nur zeitweise Chlorung bei dauernder Kontrolle des Trinkwassers oder eine dauernde Chlorung mit nur geringen Mengen.

Vizebürgermeister Weinberger erklärt, daß es leider noch ein Kapitel gibt, das uns sehr zu schaffen macht, und zwar sind das die noch immer von den Besatzungsmächten in den einzelnen Spitälern zur Gänze oder teilweise besetzten Pavillons. So hat die englische Besatzungsmacht noch einen ganzen Pavillon im Altersheim Lainz, in dem 1000 alte Leute untergebracht werden könnten, für 25 Besatzungssoldaten beschlagnahmt. Ähnlich ist es bei den Franzosen, die einen Teil eines Pavillons Am Steinhof belegt haben. Auch die russische Besatzungsmacht hat das Erziehungsheim Mödling zu 80 Prozent beschlagnahmt. Sie alle denken nicht daran, die Anlagen, die wir dringend benötigen, zu räumen.

Die Ausfahrten des Rettungsdienstes und der Sanität haben sich wieder erheblich gesteigert. Die Rettung ist wieder so beliebt geworden, wie sie es einst war. So verzeichnete die Rettung im Jahre 1946 15.534 Ausfahrten, 1949 22.023 und bis 1. Dezember dieses Jahres 20.178 Ausfahrten. Der Krankentransportdienst (Sanität) hatte 1946 52.969, 1949 74.527 und 1950 75.353 Krankentransporte. Der Stand der Ambulanzwagen betrug am 1.12.1950 bei der Rettung 23 und bei der Sanität 39. Von den für das Jahr 1950 bestellten neuen 10 Ambulanzwagen sind die Chassis aus Deutschland eingelangt und werden hier mit Karosserien versehen. Drei Wagen sollen noch heuer fertiggestellt werden, die übrigen zu Beginn des kommenden Jahres.

Der Referent stellt mit Freude fest, daß es bis jetzt auf dem Gebiete von Seuchen und dergleichen keine außerordentlichen Ziffern gegeben hat. Es ist zu hoffen, daß diese Lage weiterhin anhält.

Die Tuberkulosenfürsorge

Die Zahl der Tbc-Fürsorgestellen hat sich seit 1937 verdoppelt. Auch die durchgeführten Untersuchungen steigen immer mehr an. So wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1950 in den Tbc-Fürsorgestellen 33.747 Erstuntersuchungen, 64.127 Nachuntersuchungen, 86.658 Röntgendurchleuchtungen, 2.894 Röntgenaufnahmen, 66.371 Erstbesuche und Wiederholungsbesuche, 9.673 Auswurfuntersuchungen, davon 1.671 positive, durchgeführt. Im Jahre 1938 gab es in Wien 1.910 Tbc-Todesfälle, im Jahre 1949 nur mehr 1.501. Während die Zahl der Todesfälle zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der erfaßten Personen, die 1945 28.659 betrug, bereits in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres auf 38.576 erhöht. Der in den vergangenen Jahren ständigen Zunahme an Tuberkulose steht im heurigen Jahr eine Abnahme von rund 3.000 Tbc-Fällen gegenüber. Dies ist sicher sehr bedeutungsvoll und zeigt, daß es durch die ausgebreiteten Tuberkuloseeinrichtungen gelungen ist, diese schreckliche Krankheit wenigstens einigermaßen einzudämmen. Vizebürgermeister Weinberger erklärt in diesem Zusammenhang, daß eine weitere erhebliche Herabsetzung an Neuerkrankungen durch Schaffung von gesünderen Wohnverhältnissen erreicht werden könnte. Mit 400 zur Verfügung gestellten Wohnungen wäre der dringende Bedarf gedeckt. Von den im Jahre 1948 diesbezüglich gestellten 92 Wohnungsansuchen wurden 50, 1949 von 102 51 und 1950 von 177 62 positiv erledigt. Der Referent dankt dem Wohnungsamt für die aner kennenswerte Mitarbeit.

Auch die Entwicklung der Schulzahnkliniken ist erfreulich, Auch in der Geschlechtskrankenfürsorge ist ein starker Rückgang zu verzeichnen.

Der Referent beschäftigte sich sodann mit der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Wenn gesagt wurde, daß in Wien in jeder Stunde ein Säugling oder Kleinkind sterbe, ist das falsch. In Wien stirbt nur alle 8 Stunden ein Kleinkind. Auch das ist bedauerlich, aber immerhin ein großer Unterschied zu der seinerzeitigen Alarmnachricht.

Die sportliche Untersuchungs- und Beratungsstelle der Stadt Wien hat sich gut bewährt und wird im steigenden Maße von den Sportlern und Sportvereinigungen in Anspruch genommen. Die Einrichtung einer zweiten Stelle ist geplant. Die Untersuchungsstelle ist auf zwei Monate im voraus mit Anmeldungen eingedeckt. Allein vom Fußballverband sind 3000 Jugendspieler vorangemeldet.

Die Krebsfürsorge

Eingehend sprach der Vizebürgermeister über die Krebsfürsorge der Gemeinde Wien. Krebs hat die Tuberkulose seit 1929 überholt und steht nach den Herz- und Gefäßkrankheiten an zweiter Stelle. Neben der Untersuchungsstelle des Prof. Schönbauer hat auch die Gemeinde Wien zwei Gesundenuntersuchungsstellen, und zwar im Kaiserin Elisabeth-Spital und im Kaiser Franz Josef-Spital. Zweck dieser Untersuchungsstellen ist es, festzustellen, ob tatsächlich Krebserkrankungen vorliegen und im Zweifelsfall die betreffenden Menschen von der Angst des Krebsverdachtes zu befreien. In Wien sind jährlich rund 5000 Krebstodesfälle zu verzeichnen. Diese Zahl ist ein Beweis für die Notwendigkeit, die Krebsfürsorgestellen auszubauen und zu vermehren. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Laut einer Statistik der Gesundenuntersuchungsstelle im Franz Josef-Spital von Prof. Dr. Mandl über die Tätigkeit im Monat November 1950, die sich auf insgesamt 190 Personen erstreckte, geht hervor, daß eine ganze Anzahl Krebserkrankungen und Fälle von Krebsverdacht festgestellt wurden, daß darüber hinaus aber auch eine überaus große Zahl anderer Erkrankungen erkannt werden konnte, deren Vorhandensein den Untersuchten gar nicht bekannt gewesen war. Daß hier in einer Reihe schwerer Krebsfälle die Möglichkeit geschaffen wurde, rechtzeitig einzugreifen, müßte allein hinreichen, um die Vermehrung der Untersuchungsstellen zu begründen.

Eingehend besprach der Referent sodann die Planungen hinsichtlich der Krankenhäuser.

Es besteht keine Notwendigkeit der Bettenvermehrung in den Spitätern, sondern lediglich der Änderung der Bettenanzahl mancher Fachabteilungen. Derzeit wird darüber verhandelt, ob es nicht möglich ist, das eine oder andere kleinere Spital der Gemeinde abzustößen. Man denkt dabei unter anderem an den Pavillon in Lainz. In Floridsdorf wird es nur möglich sein, den angefangenen Bau des Krankenhauses weiter zu entwickeln; die seinerzeitigen Träume hinsichtlich eines neuen Krankenhauses sind derzeit nicht zu verwirklichen. In unsere Altersheime, die immer mehr zu Altersspitälern werden, kommen fast überhaupt nicht mehr jene Leute, an die ursprünglich gedacht war, sondern fast nur mehr alte Kranke, Ursache ist die geringere Neigung der Kinder, ihre Eltern bei sich zu Hause zu behalten. Vizebürgermeister Weinberger appellierte in diesem Zusammenhang an die gesamte Bevölkerung, weniger vom guten Herzen zu reden und dafür den Eltern gegenüber etwas mehr Herz zu bekunden. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Wenn die Kinder ihre alten Eltern mehr bei sich zu Hause behalten und pflegen würden, stünden die Altersheime zu einem guten Teil leer.

Weiter **spricht** er von der Planung einer Zentralstelle zur Behandlung und Beratung Schwerhöriger und der dringenden Notwendigkeit und Wichtigkeit der Rheumafürsorge. Rheuma steht zahlenmäßig an der ersten Stelle aller Volkskrankheiten. Allein die Krankenkassen haben im Jahre 57 Millionen Schilling für Rheumakranke ausgeben müssen. Österreich ist das bäderreichste Land Europas und könnte bei einer entsprechenden Planung zu einem Zentrum auf diesem Gebiete werden.

Zur Ärztefrage

Ausführlich nahm der Referent hierauf zur Ärztefrage Stellung. Vom 1.5.1950 bis zum 1.11.1950 wurden in den Anstalten der Gemeinde Wien 61 Gastärzte als Aspiranten eingestellt. In der gleichen Zeit sind 131 Gastärzte zur ärztlichen Tätigkeit in den Spitätern zugelassen worden. In Wien entfällt auf 16 Betten ein in Ausbildung stehender Arzt. Mit Stichtag 12.12.1950 betrug die Gesamtzahl der Gastärzte 347. Davon sind 269 Wiener, 34 Niederösterreicher, 11 Oberösterreicher, 12 Steiermärker, 9 Burgenländer, 6 Tiroler, 2 Kärntner, 3 Vorarlberger

und 1 Salzburger. Der Anteil der Bundesländer beträgt also 22 Prozent. Es wäre zu erwägen, ob nicht die Bundesländer, die ja an der Ausbildung ihrer Ärzte in Wien interessiert sind, in irgendeiner Art zu einer finanziellen Beitragsleistung heranzuziehen wären.

In Wien sind derzeit 2.693 Mediziner inskribiert, davon 782 Frauen. Im Wintersemester 1950 waren 185 Neuinskriptionen zu verzeichnen. In ganz Österreich sind 4.360 Mediziner inskribiert, darunter 1.102 Frauen. Im Jahre 1951 werden an der Wiener Universität rund 1.500, im Jahre 1952 rund 1.000 Mediziner promovieren. In den nächsten zwei Jahren ist für ganz Österreich mit 4.000 Promotionen zum Doktor der gesamten Heilkunde zu rechnen.

Der Stand der gemeldeten Ärzte beträgt mit 1. November 1950 für ganz Österreich 11.371, für Wien 4.730. Es werden also in den nächsten zwei Jahren nahezu so viele Mediziner promoviert, als ganz Wien Ärzte hat.

Diese Zahlen rufen nach Abhilfe. Ein Weg dazu wäre, in den Landesspitälern mehr Ärzte einzustellen, vor allem aber müßten die Sanitätsgemeinden in den Ländern und auch die Krankenkassen künftighin weitherziger als bisher sein. Ich sehe nicht ein, warum nur der Arzt keine Konkurrenz haben soll, warum unter Umständen eine riesige Sanitätsgemeinde nur einen einzigen Arzt haben und dieser unbedingt 5000 S verdienen muß. In den ländlichen Gemeinden müßten auch Kinderärzte Platz haben, und die Ärzte müssen sich das Einkommen, das insgesamt möglich ist, aufteilen. Wenn diese Solidaritätshilfe unter den Ärzten wirklich ernst genommen würde, wäre das Ärzteproblem zum großen Teil gelöst. Die Auswanderungsmöglichkeiten sind gering. Sie sind auch keine Lösung. Daher gibt es nur die Selbsthilfe, indem die Länder und die Ärzte das Stück Kuchen, das auf sie entfällt, untereinander möglichst gerecht verteilen, daß die alten Ärzte rechtzeitig in Pension gehen, damit die jüngeren Platz bekommen, und daß auch andere mitessen können.

Die Besetzung von Primärärzte- und Assistentenstellen darf nur nach fachlicher Qualifikation entschieden werden, um nicht das Niveau der Wiener medizinischen Schule zum Absinken zu bringen.

Zum Schlusse dankte Vizebürgermeister Weinberger allen, die im Bereiche seiner Verwaltungsgruppe ihre Pflicht erfüllt haben, vor allem den Ärzten und Ärztinnen, den Schwestern, Pflegern und Pflegerinnen sowie allen Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihre Pflichterfüllung auf das herzlichste. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Guger (LBl) bemängelt, daß sich in Wien keine Stelle mit der Behandlung von Berufskrankheiten befaßt und stellt den Antrag, der Gemeinderat möge dafür eintreten, daß ehestens Vorkehrungen dafür getroffen werden, daß in Wien Spitalsabteilungen für Arbeitsmedizin geschaffen werden. Er verweist weiter auf die Dringlichkeit der Errichtung einer Spitalsabteilung für die Behandlung von Rheumaerkrankungen, an denen man zwar in der Regel nicht stirbt, aber jahrzehntelang leidet. Leider weist das Budget auch hiefür keine Ansätze auf, ebenso wenig wie für die Errichtung von Abteilungen für Alters- und chronische Krankheiten.

In der letzten Budgetdebatte hat sich Vizebürgermeister Weinberger sozusagen als der tapferste Krebsbekämpfer dargestellt und den Wienern eine Anzahl von Krebsfürsorgestellen versprochen. Erst am 29. September wurde die Errichtung von 3 Krebsfürsorgestellen vom Gemeinderat genehmigt. Weil sich aber der Leiter der dritten Stelle entschieden weigerte, mit dem Krebsfürsorgereferat der Gemeinde Wien zusammenzuarbeiten, bestehen faktisch nur zwei. Diese hatten solchen Andrang, daß die Rat- und Hilfesuchenden vorgemerkt werden mußten und heute nicht einmal mehr Vormerkungen entgegengenommen werden. Ganz offensichtlich ist die Errichtung weiterer, dringend notwendiger Krebsfürsorgestellen sabotiert worden. Hier muß offen ausgesprochen werden, von welcher Seite und von welchen Personen die Errichtung einer genügenden Anzahl von Krebsfürsorgestellen sabotiert wird.

Auf die in der letzten Budgetdebatte beantragte Schaffung eines städtischen Forschungsinstitutes für Krebskrankheiten habe der Amtsführende Stadtrat in einem Schreiben mitgeteilt, daß "Forschung" prinzipiell eine Angelegenheit des Bundes sei.

Das zeige, daß der Amtsführende Stadtrat keineswegs Verfechter einer fortschrittlichen Gesundheitsfürsorge sei.

Wenn man nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten zeigen will, daß es einem um die Gesundheit der Bevölkerung ernst ist, dann schaffe man endlich diese Abteilungen und stelle die notwendige Anzahl von Ärzten an.

Redner wendet sich dann dem Problem der Kindersterblichkeit zu und erklärt, daß in Wien in den Monaten Jänner bis September dieses Jahres von 10.986 Säuglingen 637 gestorben sind. Die Hauptursachen liegen in der schlechten Lebenshaltung der Bevölkerung, in der zunehmenden Notlage insbesondere der arbeitenden Bevölkerung.

Schließlich regt der Redner die Schaffung einer städtischen Haushaltshilfe an, durch die viele Spitalsaufenthalte von Müttern und Überstellungen von Kindern in Fürsorgeanstalten vermieden werden könnten. Die feinen Damen haben ihre Dienstboten, aber eine Arbeiterfrau muß auch mit Fieber herumwerken. Ist die Gesundheit einer Proletarierfrau weniger wertvoll als die einer reichen Nichtstuerin? Darum: Schaffung einer von der Gemeinde betriebenen Haushaltshilfe.

Abschließend verlangt der Redner eine Reform der aus dem Jahre 1873 stammenden Prüfungsordnung für Amtsärzte und erklärt, daß die Ansätze für Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsschutz in keiner Weise den Erfordernissen entsprechen und sein Fraktion diesem Kapital ihre Zustimmung daher nicht geben kann.

GR. Martha Burian (WdU) bedauert, daß gerade in dieser Geschäftsgruppe so wenig Gelegenheit gegeben wird, sich durch Besuche über die verschiedenen Anstalten zu informieren. Zu dem Problem der Säuglingssterblichkeit fordert sie eine größere Zahl ausgebildeter Säuglingsschwestern und die Einrichtung einer Mütter-schulung. Ferner stellt die Rednerin die Frage, wie es mit der Errichtung des geplanten Rheuma-Spitale steht. Sie verlangt die Beschleunigung dieser Angelegenheit und betont, daß es zehnmal so viel Rheumakranke gibt als Tbc-Kranke. Sie drückt ihre Anerkennung darüber aus, daß es gelungen ist, den berüchtigten "Betten-schlüssel" in den Spitalern der Gemeinde Wien von 30 auf 16 herabzusetzen. Im übrigen gab die Rednerin im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des 5. Hauptstückes.

GR. Dipl.Ing. Keller (parteilos) sprach wie im vorigen Jahr über das Friedmann-Mittel. Er bezeichnete es als das beste Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, durch dessen Impfung man gegen diese gefährliche Krankheit immun werde. Eine Behandlung mit dem Friedmann-Mittel sei auch völlig ungefährlich, während zum Beispiel Menschen nach der Calmette-Impfung tuberkulös geworden seien. Er selbst wisse, daß der Sohn des ehemaligen Ministers Frenzel an der Calmette-Impfung schwer erkrankt ist.

Zum Abschluß seiner Ausführungen richtete der Redner an den Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen die Bitte, einen Weg zu finden, damit dieses Mittel endlich einmal erprobt wird. Im übrigen gebe er die Zustimmung zu den Ansätzen des 5. Hauptstückes.

Die beste Tbc-Fürsorge der Welt

GR. Primarius Dr. Eberle (ÖVP) nimmt als Arzt zu der Geschäftsgruppe Gesundheitswesen Stellung. Er bezeichnet die Summen, die für das Gesundheitswesen ausgegeben werden, als einen Maßstab für unsere Wohlfahrt. Sie kommen uns in gesunden, lebensstüchtigen Kindern und in der Gesunderhaltung des ganzen Volkes wieder zugute.

Im folgenden spricht der Redner über die Anstellung von Ärzten und die Besetzung von freien Stellen. Er verlangt, daß man die Primariestellen nicht jahrelang zum Schaden des betreffenden Krankenhauses und der ganzen Bevölkerung unbesetzt lasse. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß wir kein neues Rheuma-Krankenhaus brauchen, wenn die vorhandenen Abteilungen endlich einen Primarius bekämen. Er stellt auch die Förderung, in allen Belangen, bei denen es um die Gesundheit geht, weniger politisch und mehr sachlich zu handeln. Man solle daher auch den Primarii das Recht geben, ihre Assistenten selbst auszusuchen.

Dr. Eberle äußert sich lobend über die Krankenpflegerinnenschulen. Er verlangt jedoch einen Beitrag des Bundes für die Schülerinnen aus den Bundesländern, die in Wien ihre Ausbildung genießen. Er ersucht auch, daß die Schwestern in Zukunft nur an jenen Abteilungen eingesetzt werden, wo sie ihrer Ausbildung entsprechend hingehören.

In diesem Zusammenhang betont Dr. Eberle, daß nicht nur tüchtige Ärzte und Schwestern gebraucht werden, sondern auch ein geschultes Küchen- und Bedienungspersonal. Es kommt gerade in den Spitälern sehr viel darauf an, wie man das Essen anbietet.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den großen Fortschritten auf dem Gebiete des Gesundheitswesens seit 1945. Man könne heute wieder mit Stolz auf das medizinische Wien blicken.

Unsere Tuberkulosefürsorge ist so ausgebaut, daß sie von keinem anderen Staat der Welt überboten werden kann, sagt Dr. Eberle zu GR. Keller gewendet. (Beifall bei der ÖVP.) Wir kennen auch das Friedmann-Mittel, es hat aber den Anforderungen der medizinischen Wissenschaft nicht standgehalten, sonst hätte es ganz bestimmt Verwendung gefunden. GR. Dr. Eberle teilt auch mit, daß die Tuberkulose seit 1948 im Rückgang begriffen ist, sodaß man hier wirklich von einem ganz großen Fortschritt sprechen könne.

Zu dem Kapitel Krebsfürsorge verlangt der Redner den Ausbau dieser segensreichen Einrichtung und die Errichtung von Untersuchungsstellen in den Arbeiterbezirken. Es müsse alles getan werden, um dieser Krankheit an den Leib zu rücken. Dr. Eberle nimmt auch Stellung zu den Prestigekämpfen zwischen zwei führenden Ärzten in dieser Angelegenheit und verurteilt diese, da beide Wissenschaftler im Grunde ja doch einig sind, wenn auch der eine eine Geschwulstberatungsstelle und der andere Krebsuntersuchungsstellen eingerichtet hat.

GR. Dr. Eberle spricht sodann über die große Säuglingssterblichkeit in Österreich und daß man ernstlich darüber nachdenken soll, wie man ihr zu Leibe rücken könnte. Eine bedeutende Besserung verspricht er sich u. a., wenn man die gut ausgebildeten Kinderkrankenschwestern an ihren Posten stellen würde und wenn die Mütter- und Säuglingsfürsorgestellen etwas straffer geführt werden würden. Diese Fürsorgestellen müßten auch mit gut ausgebildeten Ärzten besetzt werden. Er bietet, sich dafür einzusetzen, daß die Kinder auch an Sonn- und Feiertagen die notwendige Frischmilch bekommen.

Für dringend notwendig erachtet der Redner auch den Bau von Spitälern. Er bittet alle hiefür zuständigen Stellen, sich dafür einzusetzen. Zu diesen erforderlichen Bauten gehören u.a. die Errichtung einer Unterkunft für Krankenschwestern und Schwesternschülerinnen im Wilhelminen-Spital und der Wiederaufbau eines Pavillons der Universitätskinderklinik für Infektionskrankheiten. Als Frühgeburten- und Säuglingsheim regt der Redner an, die Kinderklinik Glanzing der Universitätsklinik anzuschließen. Es könnte außerdem in der Kinderklinik Glanzing eine Forschungsstelle für Fragen der Säuglingsernährung untergebracht werden.

GR. Eberle fragt an, wie weit die Verhandlungen mit dem Bund zwecks Übernahme des Allgemeinen Krankenhauses gediehen sind. Er spricht auch von den immensen Summen die für die Universitätsklinik aufgewendet werden müssen. Es wäre gut, diese Summen an den Bund abzuwälzen. Die hier ersparten Mittel könnten zur Ausgestaltung der eigenen Krankenhäuser verwendet werden. Sollte der Bund das Spital nicht übernehmen, so hätte er wenigstens die geplanten drei Achtel der Krankenhauskosten zu tragen.

Als dringend notwendig bezeichnet der Redner auch den Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf und eine moderne Ausgestaltung der gynäkologischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolf-Stiftung.

Er meint, die Forderung des Bundes, daß die ehemalige Bundeserziehungsanstalt in der Boerhavegasse wieder zurückgegeben werden muß, kann nicht erfüllt werden, da die Stadt Wien dort eine sehr schön eingerichtete Krankenpflegeschule und 3 Abteilungen eingerichtet hat. Die Stadt Wien ist jedoch verpflichtet, diese Bundeserziehungsanstalt zu kaufen und dem Bund ein Grundstück am Rande Wiens zur Verfügung zu stellen, auf dem eine Bundeserziehungsanstalt gebaut werden kann.

Als dringend notwendig bezeichnet Dr. Eberle auch die Schaffung von 500 Betten für erwachsene Infektionskranke und 500/^{für} Kinder. Dies wäre für Erwachsene vielleicht im Kaiser Franz Josef-Spital möglich und für Kinder im Preyerschen Kinderspital.

Der Redner tritt auch für die Schaffung von Abteilungen für alte Leute ein, die an Alterskrankheiten leiden, da die zur Verfügung stehenden Altersheime nicht mehr genügend groß sind.

GR.Dr.Eberle nimmt sodann zur starken Chlorierung des Hochquellenwassers Stellung, die seinen Geschmack ungünstig beeinflusst. Wenn wir aber diesen Chlorzusatz weglassen wollen, müssen wir uns nach einem anderen Zusatz umsehen, der das Wasser ebenfalls ungefährlich macht, es aber geschmacklich weniger verändert oder wir müssen das Rax und Schneeberggebiet absperren.

Der Redner tritt dann noch für eine Besserung des Verkehrs ein, da diese ein niedere Unfallsbilanz zur Folge haben würde. Auch die Staubplage unserer Stadt ist zu einem medizinischen Problem geworden, besonders an heißen Sommertagen. Es mußte auch dafür gesorgt werden, daß 1951 endlich einmal alle Schutthaufen entfernt werden.

Zum Ärzteproblem stellt Dr.Eberle fest, daß sich dieses durch die in den nächsten Jahren noch hinzukommenden Ärzte noch verschlimmern wird. Er bittet die Gemeinderatsmitglieder und die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren mitzuhelfen, die Not in diesem Beruf zu lindern. Er liest in diesem Zusammenhang einen Antrag vor, die Gemeindeverwaltung möge für die Zeit der größten Not unter der Ärzteschaft, - das ist etwa für die Dauer von fünf Jahren, - ein jährliches Stipendium von 300.000 Schilling für 50 Gastärzte, die Familien haben, Wiener sind und noch über keinerlei Einkommen verfügen, gewähren. Auf den einzelnen unbesoldeten Gastarzt würden demnach monatlich 500 Schilling entfallen.

Der Redner wirft sodann die Frage auf, warum ein so berühmter und erfahrener Mediziner wie Prof.Finsterer keine Verlängerung seiner Dienstzeit erhalten konnte. Er regt an, verdienten und berühmten Ärzten bei ihrer Pensionierung eine Dankesurkunde zu überreichen. Es würde sicherlich auch Prof.Finsterer, der so viel für die Gesunderhaltung unseres Volkes getan hat, Freude machen, würde ihm der Bürgermeister diese Dankesurkunde übergeben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr.Matejka (LBl) erhebt den Vorwurf, daß man sich um die Frage der Krebsfürsorge zu lange nicht gekümmert habe. Erst vor

kurzem habe der Bürgermeister mitgeteilt, daß er es für seine Pflicht erachte, den Obersten Sanitätsrat in dieser Angelegenheit um ein Gutachten zu bitten. Aber auch der Amtsführende Stadtrat habe sich in dieser Frage Zeit gelassen. Die Vorgangsweise, wie die Stadtverwaltung die Krebsfürsorge behandelt, entspreche in keiner Weise dem, was der moderne Stand der Wissenschaft gebiete. Der V. Internationale Krebskongreß im Sommer des heurigen Jahres habe ausgesprochen, daß an erster Stelle die frühzeitige Erkennung des Krebses stehe. Man müsse daher ganz einfach im Meinungsstreit zweier Professoren den gordischen Knoten durchhauen und einen Schlußstrich unter diese Angelegenheiten setzen, zumal es sich bei der Errichtung weiterer Krebsfürsorgestellen nur um geringe Beträge handle.

Redner verlangt eine wesentliche Erhöhung der Subvention für die Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses und spricht sich für das Verbot krebsfördernder Farbstoffe in der Lebensmittelindustrie aus.

GR. Amalie Platzer (SPÖ) spricht als Rednerin der sozialistischen Fraktion. Durch den Wiederaufbau des Pavillons im Franz Josef-Spital wird es möglich, das Infektionsspital vom Steinhof wieder an seine alte Stelle zu verlegen und die Belagsdichte am Steinhof zu verringern. Dies liegt auch im Interesse des Pflegepersonals.

Rednerin stellt mit Genugtuung fest, daß die Wunden des Krieges an den Spitälern und Anstalten allmählich beseitigt werden und die Ausgestaltung und Verbesserung der Inneneinrichtung Fortschritte macht. Sie bringt einige Wünsche hinsichtlich der Modernisierung der Inneneinrichtung vor und lenkt die Aufmerksamkeit auf das Erziehungsheim in Eggenburg, dem mehr Interesse als bisher zugewendet werden müsse.

Im Altersversorgungsheim Lainz ist noch immer der Pavillon I von einer Besatzungsmacht besetzt. Hunderte von alten Kranken liegen in Spitälern und kosten dort ein Vielfaches von dem, was sie im Altersheim kosten würden. Rednerin ersucht Bürgermeister und Vizebürgermeister, in den Bemühungen nicht nachzulassen, diesen Pavillon freizubekommen, um ihn seiner Bestimmung zuführen zu können. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Mit Freude stellt sie fest, daß ein Betrag von 2.5 Millionen Schilling als erste Baurate zur Errichtung eines Schwesternheimes veranschlagt ist. Sie hebt anerkennend die Raschheit hervor, mit der hier der Vizebürgermeister einer Anregung nachkam. Der Herzenswunsch eines Teiles der Schwestern ist aber die Möglichkeit, in allgemeinen Wohnstätten eine Wohnung zu erhalten. Sie knüpft daran die Bitte, bei der Planung des sozialen Wohnhausbaues auch die alleinstehenden arbeitenden Frauen zu berücksichtigen.

Manche Unzulänglichkeiten in Spitälern und Anstalten haben ihre Ursache darin, daß der Amtsführende Stadtrat mit anderen Aufgaben so sehr beschäftigt ist, daß er für sein Ressort bedauerlicherweise viel zu wenig Zeit aufbringen kann.

Hinsichtlich der Krebsfürsorgestellen verweist Rednerin darauf, daß die Urteile auf diesem Gebiete selbst bei den Kapazitäten noch weit auseinandergehen. Die Sozialisten sind für jede Einrichtung, die der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung dient. Dafür bürgt schon die Tradition der Sozialisten in der Gemeindeverwaltung. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Sie haben im zuständigen Ausschuß den Ausführungen des Vizebürgermeisters zugestimmt, die dahin gegangen sind, vorläufig drei Krebsfürsorgestellen zu schaffen und aus den Erfahrungen zu lernen. Die Bevölkerung wurde durch Zeitungsartikel alarmiert, so daß gegenwärtig eine förmliche Psychose auf diesem Gebiete besteht. Diese wird nach einiger Zeit wieder absinken. Die Frage sei nun, ob der Andrang zu diesen Stellen ausschlaggebend für die Errichtung der gewünschten 11 Stellen sein solle. Diese Frage werde nun der Sanitätsrat lösen müssen.

Zu dem Appell des Amtsführenden Stadtrates, die Bevölkerung möge für die alten Mütter und Väter mehr Herz haben und sie womöglich zu Hause betreuen, ist zu sagen, es mangelt der Bevölkerung nicht an gutem Herzen, sondern es trägt vielfach die Wohnungsnot einerseits und die Tatsache andererseits, daß der überwiegende Teil der Frauen heute berufstätig sein muß, schuld daran, daß diese Menschen nicht zu Hause betreut werden können.

Wieder Hochquellenwasser ohne Chlor

Schließlich stellt sie den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, mit Rücksicht auf die vorbildliche Qualität des Wiener Hochquellenwassers und die Tatsache, daß nach den Feststellungen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien der Keimgehalt des Wiener Hochquellenwassers derzeit nicht ungünstiger ist als vor dem Kriege, den Bürgermeister zu ersuchen, bei der amerikanischen Besatzungsbehörde vorstellig zu werden, um diese zu veranlassen, die Anordnung über die Chlorierung des Wiener Trinkwassers aufzuheben.

Die sozialistische Fraktion wird für den **Vorschlag** dieser Gruppe stimmen.

Vizebürgermeister Weinberger nimmt in seinem Schlußwort zu den vorgebrachten Bemängelungen und Wünschen Stellung. Er erklärt, die Möglichkeiten für die Errichtung von Spitalsabteilungen für Berufskrankheiten überprüfen zu lassen und die Anregung hinsichtlich der Schaffung von Rheuma-Abteilungen zu unterstützen. Die Krebspsychose soll dadurch gemildert werden, daß die entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, und es ist zu hoffen, daß sich die Ärzte bald einigen werden, damit **gemeinsam** die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können. Wenn die Fachleute auch der Ansicht sein sollten, daß gewisse Farbstoffe krebsfördernd sind, werde er gern an die zuständigen Bundesstellen herantreten, damit die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden. Was die Preise in den Obdachlosenheimen anlangt, so werden diese durch den Finanzreferenten eben den jeweiligen Verhältnissen angepaßt.

Gegen die Aufhebung der Chlorierung des Wassers wäre nichts einzuwenden, nur müßten die Quellen vor jeglicher Verunreinigung geschützt werden.

Die Rede von GR. Primarius Dr. Eberle nimmt Vizebürgermeister Weinberger zustimmend und mit Befriedigung zur Kenntnis. Den Antrag auf Stipendien für 50 nichtbezahlte Gastärzte mit Familie und Kindern, empfiehlt er der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Zum Fall "Finsterer" betonte Vizebürgermeister Weinberger nochmals, daß er nichts damit zu tun hatte. Er habe jetzt von Stadtrat Fritsch erfahren, daß mit Prof. Finsterer ein Kündigungs-termin mit April 1951 vereinbart wurde. Abschließend zu dieser Angelegenheit betonte der Referent, wenn Finsterer für unsere Stadt entbehrlich ist, dann ist künftig niemand mehr, der die Altersgrenze erreicht hat für unsere Stadt unentbehrlich. (Stadtrat Resch. "Mit dem 74. Lebensjahre") Unter dem demonstrativen Beifall der Fraktion der ÖVP sprach Vizebürgermeister Weinberger Prof. Finsterer den Dank des Gemeinderates für seine jahrzehntelange Arbeit im Dienst der Stadt und der Wiener medizinischen Schule aus.

Zum Schluß bemerkte der Referent, er glaube bewiesen zu haben, daß es möglich gewesen ist, in diesen fünf Jahren und dieser so wichtigen Geschäftsgruppe einiges zu schaffen. Er werde weiter darnach trachten, das Wiener Gesundheitswesen auf einer Höhe zu halten, die dem Ansehen dieser Stadt entspricht und ihren Menschen dient. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe V für das Budget 1951 ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen; die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorsitzende, GR. Helene Potetz unterbricht die Sitzung um 19.45 Uhr. Die Verhandlungen werden morgen früh um 9 Uhr mit dem Referat von Stadtrat Jonas über die Geschäftsgruppe VI, Bauwesen, fortgesetzt.

Die Verteilung des Kulturgroschens

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Im Bericht der "Rathaus-Korrespondenz" über das Referat von Stadtrat Mandl wurde am 20. Dezember auf Blatt 2210 über die Verteilung des Kulturgroschens berichtet. Es soll darin in der elften Zeile heißen: Die Verteilung erfolgte (nicht erfolgt) nach dem Schlüssel: . . .